

BERND MARTIN

Das Deutsche Reich und Guomindang-China,
1927 - 1941

Das Deutsche Reich und Guomindang-China, 1927–1941

Die größten Chancen einer deutsch-chinesischen Zusammenarbeit bestanden in dem Zeitraum von 1927, als sich die Regierung der Guomindang (GMD) in der neuen Hauptstadt Nanjing etablierte und kurz darauf deutsche Berater ins Land rief, bis 1938, dem Jahr der endgültigen Abkehr des nationalsozialistischen Deutschlands von China und seiner Hinwendung auf die vermeintliche ostasiatische Führungsmacht Japan. In diesem Jahrzehnt gelangten die Deutschen in den Bereichen Militär, Wirtschaft und Erziehungswesen zu einem bestimmenden Einfluß in China und trugen entscheidend zur machtpolitischen Konsolidierung der Herrschaft Jiang Kaisheks bei. In dem Jahr vor dem Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges (Juli 1937) erlebte die partnerschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern ihren, von den übrigen Großmächten neidvoll eingestandenen Höhepunkt: Auch wenn die Vereinigten Staaten noch ein knappes Prozent vor dem Deutschen Reich im chinesischen Außenhandel rangierten¹, so waren die Deutschen im Rahmen des nationalisierten Warenverkehrs von chinesischen Rohstoffen gegen deutsche hochwertige Industrieerzeugnisse zum wichtigsten, für die rüstungswirtschaftlich-schwerindustrielle Modernisierung Chinas schlechthin unentbehrlichen Handelspartner geworden.

In westlichen Wirtschafts- und Regierungskreisen und ganz besonders in Japan, das seit der Besetzung der Mandschurei offenkundige wirtschaftliche Interessen in China gewaltsam verfolgte, wurde die übermächtige deutsche Konkurrenz auf dem ostasiatischen Festland mit wachsender Sorge betrachtet. Eine militärische Allianz zwischen den beiden, in ihrem revolutionären Streben nach nationaler Wiedergeburt und Großmachtgeltung vermeintlich wesensverwandten Staaten erschien nur noch eine Frage der Zeit, und die machtpolitischen Auswirkungen eines solchen Schrittes waren unabsehbar. Doch weniger das gewaltsame japanische Vorgehen in China als vielmehr die nationalsozialistische Führung

* Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Freiburg/Brsg.

selbst vereitelte ein solches, von China auf der Basis der Gleichberechtigung angestrebtes Bündnis, das die Machtstrukturen der Zwischenkriegszeit einschneidend verändert hätte: China wäre der Krieg mit Japan erspart geblieben, und ein zweiter Weltkrieg hätte, wenn überhaupt, nur unter veränderten Konstellationen und mit anderen Fronten stattgefunden. Da indes eine friedfertige Revision der anglo-amerikanischen, vornehmlich wirtschaftlichen, weltweiten Dominanz zwar dem außenpolitischen Programm der Guomindang entsprach, nicht aber Hitlers primärem Ziel, den deutschen Lebensraum auf Kosten der Sowjetunion zu erweitern, liquidierte die nationalsozialistische Führung im ersten Halbjahr 1938 die mühsam erlangte deutsche Vorrangstellung in China.

Das auch unter der Guomindang-Herrschaft instabile und von Bürgerkriegswirren permanent erschütterte chinesische Riesenreich galt den Deutschen wie den Westmächten und letztlich auch der Sowjetunion lediglich als Objekt, um ihre eigenen wirtschafts- und machtpolitischen Vorstellungen durchzusetzen. Das von Sun Yatsen entwickelte Programm² einer autoritär gelenkten Erneuerung Chinas von oben war auf ausländische „Entwicklungshilfe“ geradezu angelegt und sollte sich in der Durchführung seitens der Nanjing-Regierung als untauglich erweisen, um Chinas soziale Fragen, vornehmlich im Agrarbereich, zu lösen. Die Konzeption einer vom Militär als Modernisierungselite getragenen revolutionären Umgestaltung, wie es die Führer der Guomindang und ihre ausländischen Ratgeber, ob Russen, Deutsche oder Amerikaner gemeinsam verfochten, lief einer eigenständigen, an den chinesischen Bedürfnissen orientierten Umgestaltung zuwider. Die erstarkte und durch die ausländischen Einflüsse erst stabilisierte alte Gesellschaftsordnung konnte nur durch eine egalitäre Revolution von unten, die traditionelle Volkserhebung, gebrochen werden – was der „Bauern“-Kommunismus Mao Zedongs 1949 schließlich erreichen sollte.

I. Das Zusammenfinden zweier Außenseiter: Die Weimarer Republik und das republikanische China

Seit der Aufnahme diplomatischer und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Preußen und China (2. September 1861) genossen die Deutschen, nicht zuletzt wegen ihrer offenkundigen machtpolitischen Schwä-

che, im Vergleich zu Rußland, England und Frankreich ein besonderes Ansehen. Die von Bismarck als ‚Revolution von oben‘ vollzogene nationale Einigung Deutschlands steigerte die Begeisterung und ließ in chinesischen Augen die deutsche Entwicklung als nachahmenswertes Modell erscheinen, um sich zum einen der westlichen Penetration zu erwehren und zum anderen die immer einflußloser gewordene Zentralregierung machtpolitisch zu stärken. Deutsche Militärberater und Ingenieure³ legten durch den Ausbau von Küstenverteidigungsanlagen, die nur gegen die Westmächte und das in deren Fahrwasser erstarkende Japan gerichtet sein konnten, den Grundstein für eine Erneuerung Chinas, lenkten jedoch bereits den Entwicklungsprozeß auf den letztlich für chinesische Verhältnisse untauglichen Weg einer Modernisierung von oben. Die deutsche Erwerbung eines Pachtgebietes, Jiaozhou auf Shandong (1897), und die exponierte Rolle des Deutschen Reiches bei der Niederwerfung der Boxer-Rebellion (1900) vermochten das gute Verhältnis zwischen beiden Ländern nur kurzfristig zu trüben. Da die deutsche Marine den neuen Stützpunkt nur als Symbol deutscher Weltgeltung in der Auseinandersetzung mit den imperialistischen Mächten betrachtete und die wirtschaftlichen Konzessionen auf der Shandong-Halbinsel mangels Kapital nur schleppend und unvollständig ausgebeutet werden konnten, wurde Qingdao zu einer Musterkolonie⁴ umgestaltet und somit zu einem ersten Modell geglückter westlicher Entwicklungshilfe. Das Ende der Qing-Dynastie (1911) und sogleich einsetzende verstärkte militärisch-rüstungswirtschaftliche Anstrengungen der neuen Peking Regierung führten zu einer Steigerung des Warenverkehrs mit dem Deutschen Reich. Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges verfügten die Deutschen mit etwa 3000 Reichsangehörigen und 273 deutschen Firmen⁵ über eine starke wirtschaftliche Position, die durch das moralische und kulturelle Prestige, welches Deutschland im Vergleich zu den anderen Mächten in China genoß, noch weiter erhöht wurde.

Die auf amerikanischen Wunsch erfolgte Kriegserklärung an Deutschland (14. August 1917) geschah unter heftigen Protesten der weitgehend autonomen Kantoner Revolutionsregierung unter Sun Yatsen und richtete sich auch vornehmlich gegen die japanische Machtusurpation in China, wie sie mit den 21 Forderungen (18. Januar 1915) manifest geworden war. China strebte einen gleichrangigen Platz auf der zu erwartenden Friedenskonferenz an, um sich der ungleichen Verträge zu entledigen,

und dachte folglich auch gar nicht daran, den deutschen, diesem national-chinesischen Ziel ohnehin dienlichen Einfluß zu brechen. Erst unter englisch-französischem Druck schaltete die chinesische Regierung gegen Ende des Krieges die den Westmächten unliebsame deutsche Konkurrenz aus und repatriierte etwa 2000 deutsche Staatsangehörige im März 1919 von Shanghai aus.⁶ Deutschlands Rolle in China schien vorerst beendet zu sein.

Die in Deutschland wie in China als ungerecht empfundenen Bestimmungen des Versailler Friedensschlusses lösten in beiden Ländern eine Welle nationalen Protestes aus und führten rasch zu einer Wiederannäherung der beiden Mächte aus dem verbindenden Gefühl heraus, von den Siegermächten nicht als gleichberechtigt anerkannt und in eine Außenseiterposition gedrängt worden zu sein. Als die Friedensbestimmungen der Alliierten für China am 4. Mai 1919 bekannt wurden, erhob sich in Form einer bürgerlichen (Kultur-)Revolution ein manifester nationaler Protest gegen die im Friedensvertrag vorgesehene Beibehaltung der westlichen Sonderrechte und die Übertragung der deutschen Privilegien (Jiaozhou-Gebiet) an die Japaner, so daß China den Vertrag nicht unterzeichnete. Die deutsche Reichsregierung nahm die Bedingungen unter Protest an, suchte jedoch außenpolitisch sogleich nach Möglichkeiten, die deutschen Vorbehalte gegen die Unrechtsverträge zu manifestieren.

Im Verhältnis zu China sollte sich der von den Siegermächten erzwungene deutsche Verzicht auf alle Sonderrechte im Reich der Mitte bald als ein großer Vorteil erweisen, um das verlorene Terrain rasch wiederzugewinnen und die ehemaligen Gegner auf dem Chinamarkt auszustechen. Nachdem China den Kriegszustand einseitig beendet hatte (15. September 1919) und die deutsche Kolonie daraufhin ihre alte Stärke wieder erreichte, schlossen die Peking- und Berliner Regierung am 20. Mai 1921 ein Abkommen⁷, in dem China erstmals als gleichberechtigte Nation von einer westlichen Macht anerkannt wurde. Das Reich verzichtete auf alle ehemaligen Sonderrechte, erkannte die chinesische Justizhoheit für Reichsdeutsche und die Zollautonomie Chinas an und beendete mit einer geringfügigen Indemnitätszahlung⁸ weitere Enteignungen deutschen Vermögens. Dieser separate Friedensvertrag, der in seinen Grundzügen das knapp ein Jahr später geschlossene Rapallo-Abkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion als weiterem Außenseiter der Versailler Ordnung vorwegnahm, erregte nicht so sehr wegen der Konzessionen

an China internationales Aufsehen, sondern aufgrund der Tatsache, daß es dem Reich erstmals gelungen war, in einem zwischenstaatlichen Abkommen den Versailler Vertrag für nichtig zu erklären. Aus chinesischer Sicht bot diese Übereinkunft mit Deutschland eine günstige Ausgangsposition, um auf der Basis der Gleichberechtigung die wirtschaftlichen Kontakte mit dem Reich zu vertiefen und langfristig die Westmächte und Japan unter Druck zu setzen, ebenfalls auf ihre Privilegien zu verzichten. Der Ausgang der Washingtoner Konferenz 1922, auf welcher der Status quo der Siegermächte in China bestätigt, Japan indes zum Verzicht auf Qingdao gezwungen wurde, bestätigte aus chinesischer Sicht die Deutschland zugedachte partnerschaftliche Rolle beim Aufbau Chinas.

Der deutschen Wirtschaft und Industrie, aber auch den politischen Revisionsbemühungen der Berliner Regierung schienen in China alle Türen offenzustehen. Doch die angestrebte komplementäre Partnerschaft, deutsche Entwicklungshilfe für China und chinesisches Sekundieren zur Wiedergewinnung der deutschen Großmachtposition, scheiterte an der politischen Zerrissenheit und folglich internationalen Machtlosigkeit Chinas ebenso wie an der durch Reparationen, Kapitalmangel und Inflation geschwächten deutschen Wirtschaft. Die machtlose Peking Zentralregierung hatte zwar die Rahmenabkommen geschaffen, zeigte sich aber außerstande, diese inhaltlich zu füllen. Hingegen griff die Kantoner Gegenregierung mit Unterstützung der dort ansässigen Exportindustrie die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Kooperation mit Deutschland auf, um den Reformwillen der Guomindang unter Beweis zu stellen und mit Hilfe einer von deutscher Seite aufgebauten schwerindustriellen Basis ein militärisches Machtpotential zur Einigung des Landes zu schaffen.

In einer 1922 veröffentlichten Denkschrift „The International Development of China“⁹ entwarf Sun ein grundlegendes Programm zur Modernisierung, das primär auf den Ausbau der Verkehrswege und der Basis-Industrien angelegt war und ursprünglich mit multilateraler Unterstützung verwirklicht werden sollte. Dieses Projekt uneigennützer internationaler Entwicklungshilfe seitens der westlichen Industriestaaten wurde jedoch aus der Sicht der Guomindang mit dem Ausgang der Washingtoner Konferenz hinfällig, so daß Deutschland nunmehr endgültig als alleiniger Wunschartner in das Blickfeld der Guomindang rückte.¹⁰

Bereits Ende 1921 hatte Sun seinen Vertrauten General Zhu Hezhong nach Berlin entsandt, um wegen eines Dreierbündnisses der Außenseiter von Versailles, Deutschland-Rußland-China, zu sondieren, militärische und wirtschaftliche Fachleute nach Südchina zu verpflichten und deutsche Industrieunternehmen für Großprojekte im Kantoner Raum zu gewinnen. Sun selbst unterstrich diesen Wunsch nach deutschen Hilfeleistungen in Gesprächen mit dem deutschen Konsul in Kanton und bot als Gegenleistung chinesische Rohstofflieferungen an. Deutschland – so Sun – soll China als Ersatz für seine verlorengegangenen Kolonien betrachten. An der gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Westmächte – so klang es aus allen chinesischen Offerten – sollten China und Deutschland, womöglich im Bunde mit der Sowjetunion, ihre nationale Größe zurück-erlangen.

Solche Vorstellungen von einer Allianz der unterdrückten Völker gegen die vor allem von Großbritannien mit Hilfe seines Empires ausgeübte Hegemonie berührten sich mit Überlegungen deutscher Rechtskreise, die England für den Unterdrücker schlechthin erachteten, waren indes auch unter machtpolitischen Gesichtspunkten, wie z. B. in den Sondierungen zu Sowjetrußland, dem Auswärtigen Amt keinesfalls fremd. Doch trotz aller persönlichen Wertschätzung, derer sich Sun in deutschen Diplomatenkreisen erfreuen durfte, scheiterten diese ersten Annäherungsversuche. Das Auswärtige Amt hielt in Anbetracht der politischen Instabilität Kantons lieber an dem Vertrag mit der nominellen Regierung in Peking fest und hielt darüber hinaus ein Dreierbündnis für einen zu gefährlichen Affront gegenüber den Westmächten. Als die entsprechenden Pläne im Sommer 1922, d. h. nach dem Rapallo-Vertrag, infolge der erzwungenen Flucht Suns aus Kanton aufflogen, sahen sich die Diplomaten in ihrer Einschätzung der politischen Verhältnisse Südchinas bestätigt, aber auch zu raschen Dementis genötigt, um keine westlichen Sanktionen zu provozieren.

Obwohl die Reichsregierung gegen eine Erweiterung des Handelsverkehrs mit Kanton keinerlei prinzipielle Bedenken vorbrachte, verliefen auch die entsprechenden Wirtschaftsgespräche erfolglos. Sun Fo, der Sohn Sun Yatsens, verhandelte als Bürgermeister von Kanton mit deutschen Firmenvertretern zur gleichen Zeit über den Ausbau des Hafens und die Anlage von Arsenalen, als General Zhu in Deutschland Gespräche mit Abgesandten der deutschen Schwer- und Elektroindustrie auf-

nahm. Vornehmlich Mangel an Kapital, aber auch politische Rücksichtnahme ließen 1922, als zudem das Russengeschäft Gewinne versprach, deutsche Unternehmen vor Großprojekten in Kanton zurückschrecken. Auch ehemaligen kaiserlichen Offizieren, die als Berater angeworben werden sollten, erschien der revolutionäre Boden in Kanton doch zu heiß, als daß sie militärische Verpflichtungen übernommen hätten.

Dies Zögern der deutschen Seite, den Wünschen der Guomindang zu entsprechen, beschleunigte die Hinwendung Suns an die Sowjetunion, mit der Bitte um wirtschaftliche und militärische Hilfe. Das Sun-Joffe-Abkommen (26. Januar 1923)¹¹ verpflichtete die Sowjetunion zu der Unterstützung, die das Deutsche Reich versagt hatte, eröffnete jedoch aus der Sicht Sun Yatsens auch neue Perspektiven, um die Kontakte mit Deutschland zu vertiefen und das Reich, das sich ebenfalls in einem Vertragswerk mit dem kommunistischen Rußland arrangiert hatte, doch noch für eine Dreierallianz zu gewinnen. Vor allem gedachte Sun das deutsche Industriepotential, dem die Russen nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen hatten, und deutsche Militärs für den Aufbau Chinas zu gewinnen. Erneut wurde ein Sondergesandter mit noch weiterreichenden Vollmachten nach Berlin entsandt: Deutschland sollte die südchinesische Armee modernisieren – Fühler wurden zu Falkenhayn, Ludendorff, Seeckt und Wetzell ausgestreckt – und die notwendigen Maschinenanlagen zur Waffenproduktion der Arsenale liefern. Die Abwicklung des Handels auf Kompensationsbasis und ohne Devisenzahlungen – Waffen und Werkzeugmaschinen gegen Erze und Edelmetalle – wurde von chinesischer Seite vorgeschlagen, von deutschen politischen und wirtschaftlichen Kreisen einerseits im Hinblick auf die Ruhrkrise und die politischen Wirren im Reich, andererseits jedoch auch wegen der verworrenen Situation in China abgelehnt. Beteuerungen Sun Yatsens, eine von Deutschland aufgestellte und mit deutscher technischer Hilfe modernisierte chinesische Armee werde das Reich – durch Einschüchterung der Westmächte in Ostasien – von den Fesseln Versailles befreien¹², wirkten in der Situation des Jahres 1923 in Berlin eher komisch und zeugten überdies von den utopischen Schwärmereien der Guomindang-Führer. Angesichts dieser Zurückhaltung von Diplomatie und Wirtschaft wollten sich auch die umworbenen deutschen Militärs auf keine Abenteuer einlassen und lehnten Verpflichtungen nach China ab.

Nach den Absagen aus Deutschland konzentrierte die Guomindang

ihre Hilfsersuchen fortan einseitig auf Moskau. Da die Komintern seit 1920, nach dem Scheitern der Revolution in Europa, die Strategie des Bündnisses mit den nationaldemokratischen Kräften kolonialer Befreiungsbewegungen propagierte, trafen die Wünsche der Guomindang in der sowjetischen Führung auf offene Ohren. Die Sowjetunion zwang die 1921 gegründete Kommunistische Partei in die Einheitsfront der nationalen Kräfte und erkannte die Guomindang als Führer im Befreiungskampf an, sogar unter dem ausdrücklichen Verzicht, das Modell des Klassenkampfes auf China übertragen zu wollen. Sowjetische Militärberater¹³ nahmen Anfang 1924 ihre Tätigkeit auf und sollten, wie ihre Nachfolger, die Deutschen und die Amerikaner, mit den zentralen Problemen einer Modernisierung der chinesischen Armee konfrontiert werden: Einer offensiven Strategie und dementsprechender praxisorientierter Ausbildung standen die traditionellen chinesischen Auffassungen über Defensivverhalten und Kriegslisten entgegen. Westliches militärisches Gedankengut, das die russischen Berater als erste den Chinesen systematisch zu vermitteln suchten, prallte an ignoranten, sich den ‚Barbaren‘ überlegen wählenden und dabei permanent theoretisierenden Generälen der alten Schule ab – eine Erfahrung, die auch von den deutschen und amerikanischen Beratern später gemacht werden sollte. Nur eine konsequente Ausbildung des Offizierkorps nach westlichen Normen versprach langfristig Erfolgsaussichten, traditionell-konfuzianistisches Denken und Handeln bei chinesischen Militärs zurückzudrängen. Trotz aller Mißerfolge bei der Ausbildung der Truppen legten die sowjetische Hilfe und die Beraterschaft den Grundstock für die restaurativ-nationalistische Herrschaft Jiang Kaisheks, die dieser nach dem Tode von Sun Yatsen (12. März 1925) errichten konnte.

Doch trotz der sowjetischen Einflußnahme in Südchina und der amtlichen Zurückhaltung deutscher Regierungsstellen expandierte der deutsche Chinahandel permanent. Bereits 1923 gelangten 20% aller Waffenimporte von deutschen Häfen nach China; 1926 waren es bereits 60%. Im gleichen Jahr gewann das Reich seine Vorkriegspräsenz in China zurück: Erneut waren über 3000 Reichsangehörige und 318 deutsche Firmen ansässig geworden. Der Anteil der Exporte nach China am gesamten Außenhandel des Reiches lag 1926 mit 1,9 Prozent sogar wesentlich über dem Vorkriegsstand von 1,3 Prozent.¹⁴ Hinter den USA und Großbritannien rangierte das Reich 1926 als drittwichtigster Han-

delspartner der Chinesen, vor den ehemaligen Feindmächten Frankreich und Japan. Die derart rasch zurückgewonnene wirtschaftliche Stellung Deutschlands resultierte aus seiner machtpolitischen Schwäche und dem 1921 ausgesprochenen Verzicht auf alle Sonderrechte. Nicht nur in Kreisen der Guomindang, sondern auch bei der machtlosen Zentralregierung und den zahlreichen lokalen Kriegsherren galten die Deutschen als Partner bei der angestrebten wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umgestaltung des Landes. Um diese deutsche Vorrangstellung in China langfristig zu sichern und dem revisionistischen außenpolitischen Konzept dienstbar zu machen, entzog sich die Reichsregierung 1926 den Wünschen der Westmächte, dem Washingtoner Neunmächteabkommen nachträglich beizutreten. Das Reich ließ sich in seiner Haltung gegenüber China nicht von den traditionellen imperialistischen Mächten vereinnahmen, sondern beharrte nunmehr auf seiner – ursprünglich von den Siegern erzwungenen – Sonderrolle in Ostasien.

II. Von der Kantoner Commune (1927) zum Langen Marsch (1935): Deutsche Berater in den chinesischen Revolutionswirren

Mit dem Tode Sun Yatsens, der integrativen Vaterfigur der chinesischen Revolution, brachen Richtungskämpfe innerhalb der Guomindang auf.¹⁵ Das Werben der Kommunisten um die Guomindang-Linke unter dem äußeren Schutzschild der Einheitsfront und die schleichende Unterwanderung des Militärapparats durch chinesische kommunistische Kader, offen unterstützt durch die sowjetischen Berater, vertieften die Gegensätze zwischen dem linken revolutionären Flügel der Guomindang und ihrem rechten, auf ein Bündnis mit den traditionellen Eliten abziehenden Widersachern. Die Spaltung der Partei in die Westberg-Gruppe, die auf strikter Abgrenzung zu den Kommunisten bestand, und die linke Wuhan-Gruppe, die am Bündnis mit den Kommunisten festhalten wollte, drohte lediglich den Machtaspirationen der radikalen Kräfte, der Kommunisten, wie denen der reaktionären lokalen Kriegsherren in die Hände zu arbeiten. Ein solcher weiterer politischer Zerfall Chinas, der zudem die indirekte wirtschaftliche Vormachtstellung der Westmächte und des neo-imperialistischen Japan kräftigen mußte, konnte allein durch Ausbau und Einsatz der in den Fraktionskämpfen offiziell neutral geblie-

benen National-Revolutionären-Armee unter der Führung von Jiang Kaishek aufgehalten werden.

Nach einer Blitzaktion gegen den wachsenden politischen Einfluß der sowjetischen Militärberater und ihrer chinesischen kommunistischen Verbündeten in Kanton (20. März 1926) gelang es Jiang Kaishek dank sowjetischer Waffenlieferungen und strategischer Hilfeleistungen der Berater, im Nordfeldzug die mittelchinesischen Provinzen unter der Flagge der Guomindang zu einigen. Wachsende Differenzen mit den sowjetischen Offizieren über das weitere strategische Vorgehen, ob gegen Peking, wie von den Kommunisten befürwortet, oder nach Osten gegen die zunehmend kommunistisch infiltrierten Großstädte Nanjing und Shanghai, kulminierten im Staatsstreich Jiangs gegen die proletarisch-kommunistische Bewegung. Mit dem „Massaker von Shanghai“ (12. April 1927) wurde die kommunistische, von der Komintern bestimmte Strategie einer proletarischen Erhebung der Städte endgültig vereitelt.¹⁶ Die blinde Übertragung des bolschewistischen Revolutionsmodells auf chinesische Verhältnisse bei gleichzeitigem Festhalten an Jiang als dem Führer der Einheitsfront, diese aus internen Differenzen zwischen Stalin und Trotzki entsprungene widersprüchliche Doppelstrategie, führte zum Untergang der kommunistischen Bewegung in den Städten und begünstigte folglich die restaurativ-nationalistische Herrschaft Jiang Kaisheks.

Ende 1927 standen daher die Kommunisten vor einem Trümmerhaufen ihrer Politik und waren für einen Neubeginn mehr denn je auf Unterstützung durch die sowjetische Bruderpartei angewiesen. Doch auch Jiang Kaishek benötigte zur Konsolidierung seiner persönlichen Macht und zur Durchsetzung seines militärisch gelenkten staatlichen und wirtschaftlichen Neuaufbaus ausländische Hilfe und Ratgeber. Beide chinesischen politischen Lager sollten ihre Helfer in dem Lande finden, in dem sich ein ähnlicher Polarisierungsprozeß zwischen der revolutionären Linken und den restaurativen Kräften vollzogen hatte, nämlich in Deutschland. Der Unterschied bestand freilich darin, daß die Guomindang-Rechte unter Berufung auf Sun Yatsens Entwicklungsprogramm deutsche militärische Fachleute nach China einlud, während den Kommunisten die deutschen Ratgeber wider ihren Willen von der Komintern zudiktiiert wurden. Die Fremdbestimmung beider chinesischen politischen Lager entsprechend den ideologisch-machtpolitischen Zielsetzun-

gen ausländischer Mächte nahm ihren Anfang und sollte zu Beginn der 30er Jahre zur ersten Eskalation des Bürgerkrieges wesentlich beitragen – sie dauerte auf Seiten der Kommunisten bis in die Anfangszeit des Langen Marsches, auf nationalchinesischer Seite sogar bis zum Untergang der Republik im Jahre 1949.

Im November 1927 trafen zwei deutsche Fachberater, ohne daß sie voneinander wußten, in Kanton ein: der Kominternagent Franz Neumann¹⁷ und der ehemalige kaiserliche Generalstabsoffizier Oberst a. D. Max Bauer¹⁸; der eine, um einen letzten proletarischen Aufstand anzuzetteln, der andere mit hochfliegenden Plänen zur Erneuerung Chinas. Beide sollten sie scheitern, da sie den chinesischen Verhältnissen mit vorgefaßten Meinungen gegenübertraten und ihre Konzepte mit einer beiden gemeinsamen „deutschen Gründlichkeit“ gegen alle Bedenken rücksichtslos durchsetzen wollten.

Nach dem offenkundigen Mißerfolg der Stalinschen Chinapolitik, das die Opposition um Trotzki mit plakativen Losungen von der „erwürgten Revolution“ anprangerte, suchte der sowjetische Diktator nach einer Rechtfertigung seines bisherigen Vorgehens, um die oppositionellen Kreise auf dem bevorstehenden XV. Parteitag der KPdSU endgültig auszuschalten. Der Beweis für die Existenz eines revolutionär-proletarischen Nährbodens in China sollte um jeden Preis erbracht werden. Stalin entsandte daher den deutschen Kommunisten Neumann zusammen mit dem Georgier Besso Lominadse und einem Koffer voller Devisen nach Kanton, um eine revolutionäre Situation herauszufinden und schließlich eine proletarische Erhebung einzuleiten. Gefangen im Befehl Stalins und befangen im Wunschdenken von der Befreiung unterdrückter Völker, konstatierte der deutsche Kominternagent eine günstige Lage für das geplante ‚Fanal von Kanton‘. Die Streitigkeiten der Guomindang-Generäle, die diese Mitte November vor und in der Stadt austrugen, mögen zu dem leichtfertigen Beschluß beigetragen haben, den Aufstand trotz Bedenken chinesischer kommunistischer Führer und mit völlig unzureichender Bewaffnung zu wagen. Wohl gelang es, mit Hilfe übergelaufener Kadetten, am 11. Dezember 1927 die wichtigsten Teile der Stadt zu besetzen, doch die vermeintliche revolutionäre Basis rührte sich nicht. Nach den Niederlagen der organisierten Arbeiterschaft, die auch die Führungskräfte in Kanton dezimiert hatten, war keinerlei revolutionäre Begeisterung zu spüren, als die Kantoner Sowjetrepublik proklamiert

wurde. Ihr stark trotzkistisch eingefärbtes Programm erwies sich als so wenig zugkräftig, daß bei einer geplanten revolutionären Großveranstaltung lediglich 300 Zuhörer erschienen.

Mit einer kommunistischen Erhebung konfrontiert, beendeten die verfeindeten Guomindang-Generäle ihre Zwistigkeiten und rückten vereint zum Gegenschlag an, um dem kommunistischen Spuk binnen zwei Tagen ein Ende zu bereiten. Etwa 5700 Kommunisten blieben als Opfer des weißen Gegenterrors zurück¹⁹, die Kommunistische Partei war weiter geschwächt worden. Der ‚Schlächter von Kanton‘, Franz Neumann, flüchtete am gleichen Tag aus der Stadt, an dem Bauer, durch das wirre und blutige Spektakel in seinen Modernisierungsplänen bestärkt, sich auf den Weg zu Jiang Kaishek nach Shanghai begab. Der von Stalins deutschem Handlanger durchgeführte Aufstand erwies sich auch unter dem innenpolitischen Aspekt der Auseinandersetzung mit Trotzki als überflüssig, da dieser auf dem Parteitag bereits besiegt war.²⁰ Wie zum Hohne der Opfer erklärte Stalin den gescheiterten Putsch zu einem „siegreichen Rückzugsgefecht“ und rehabilitierte Neumann. Da die Guomindangbehörden im sowjetischen Konsulat belastendes Material sicherstellten, das auf eine Beteiligung an dem Aufstand hindeutete, benutzte die Nanjinger Regierung die Gelegenheit, die diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion abzubrechen (14. Dezember 1927). Das von Sun Yatsen einst propagierte Dreierbündnis der unterdrückten Nationen war hinfällig geworden und reduzierte sich vorerst auf eine deutsch-chinesische Annäherung reaktionärer Kreise.

Im Gegensatz zu Neumann war Bauer nicht von offizieller Seite, sondern entgegen dem Wunsch der Reichsregierung nach China gesandt worden. Hinter seiner Mission standen vielmehr solche Kreise, die von kommunistischer Seite gern als die „imperialistischen Handlanger“ Jiang Kaisheks titulierte wurden: nämlich Wirtschaft und Militär. Die Einladung zum Besuch Chinas war auf Kantoner Regierungsstellen zurückgegangen, die im Konflikt zwischen der Guomindang und den Linken einen neutralen Kurs zur Stärkung ihrer lokalen Machtbasis steuerten. Der Vizerektor der Sun Yatsen-Universität in Kanton, Zhu Jiahua, der als einziger höherer Guomindang-Führer der Stadt längere Zeit in Deutschland studiert hatte, sandte im November 1926 seinem ehemaligen Berliner akademischen Lehrer ein Schreiben, in dem er um Überstellung deutscher Fachleute zum Ausbau der städtischen Waffenarsenale bat. Deutsche

Industriekreise, die mit Bauer als dem für das Hindenburg-Programm verantwortlichen Generalstabsoffizier im Ersten Weltkrieg bei der wirtschaftlichen Mobilisierung aufs engste zusammengearbeitet hatten, werden den Namen des Obersten ins Spiel gebracht haben. Eine Kantonner Delegation überbrachte daraufhin im Frühjahr 1927 Bauer eine offizielle Einladung des lokalen Militärbefehlshabers, General Li Jishen, zu einer Erkundungsreise nach Südchina.²¹

Der Oberst nahm die Einladung sogleich an und entwarf noch vor seiner Abreise eine Reihe von Denkschriften²², in denen er sich über die Motive seiner Reise und die zukünftige Arbeit in China Rechenschaft ablegte. Endlich sah Bauer Möglichkeiten, seine Vorstellungen von einer Revolutionierung der unterdrückten Völker gegen die englische Vorherrschaft zu realisieren. Wie viele der radikalen deutschen Freikorps-Offiziere wollte sich auch Bauer mit der demokratischen Neuordnung nicht abfinden, kämpfte im Kapp-Putsch gegen die Republik und war zutiefst von einem Kulturpessimismus über den Untergang der abendländischen Wertordnung durchdrungen. In China als aufstrebender, von der westlichen Zivilisation noch nicht zersetzter Nation und dem eigenständigen Programm Sun Yatsens erblickte Bauer die Chance, den „dritten Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus in Form einer national-sozialen Volksgemeinschaft zu verwirklichen und den Gürtel der halbkolonialen Völker – von Nordafrika bis China – gegen die von England beherrschte kapitalistische Weltordnung zu mobilisieren. Bauer ging daher als versponnener, idealistischer Einzelgänger nach China, mußte jedoch vor Ort seine hochfliegenden Pläne schnell revidieren.

Auf der Flucht vor den revolutionären Wirren in Kanton gelangte Bauer nach Shanghai und wurde dort Jiang Kaishek als deutscher Wirtschaftsexperte vorgestellt. Offiziell von seinem Posten als Oberkommandierender zurückgetreten, befand sich Jiang damals in Shanghai in politischer Wartestellung und hatte sich überdies durch Einheirat in die dortige Hochfinanz der Rückendeckung der chinesischen Finanz- und Handelsbourgeoisie für seine zukünftigen politischen Pläne versichert. Der deutsche Oberst kam ihm daher wie gerufen und wurde sogleich zum Berater in Wirtschaftsfragen verpflichtet. Als Jiang eine Woche später als wiederverannter Oberbefehlshaber triumphierend in Nanjing eintraf, hatte er Bauer an seiner Seite, der sogleich ein eigenes Büro zum Studium der chinesischen Wirtschaftsprobleme erhielt. Da Bauers Vorstellungen zur

Modernisierung Chinas mit denen des Marschalls übereinstimmten und zudem dringend Ersatz für die abgezogene sowjetische Beraterschaft beschafft werden mußte, wurde der deutsche Oberst als Begleiter einer chinesischen Studienkommission nach Deutschland im März 1928 zurückgesandt, um dort einen Expertenstab von Zivilisten und Militärs für die Aufbauarbeit in China zusammenzustellen.

Nach seiner Rückkehr (13. November 1928) leitete Bauer in Nanjing eine Beratermission, die bei seinem Tode am 9. April 1928 insgesamt 19 Personen umfaßte, die sowohl in zivilen Entwicklungsprojekten als auch beim Aufbau einer Lehrtruppe und an Kriegsschulen beschäftigt waren. Bauer nutzte seine Kontakte zu deutschen Großunternehmen, um diese für Entwicklungsprojekte in China zu gewinnen, war jedoch während seiner kurzen Amtszeit vornehmlich mit Militärfragen beschäftigt. Die Demobilisation der unüberblickbaren Heerhaufen, eine geregelte Rang- und Besoldungsordnung für die Soldaten sowie ein ordentliches Staatsbudget wurden zu seinen Hauptanliegen.²³

Zu einem erfolgreichen Aufbau Chinas entsprechend der Bauerschen Konzeption fehlten sämtliche Voraussetzungen. Diese waren jedoch nicht ausschließlich durch eine militärisch erzwungene Einigung des Landes zu erreichen, sondern primär auf dem Wege von Reformen im sozialen Bereich, die zu einer Identifikation der verarmten Massen mit der GMD-Regierung hätten führen können. Bauer widmete sich indes – wie auch alle späteren deutschen Chefberater – allein dem strategisch-militärischen Bereich. Er begleitete Jiang bei dem Feldzug gegen die Guangxi-Rebellen im Frühjahr 1929 sechs Wochen in dessen Hauptquartier und ermöglichte den Truppen den triumphalen Einmarsch in Wuhan, bevor er kurz darauf an einer Pockeninfektion verstarb. Bauer legte den Grundstock für eine von der militärischen Führung der GMD bestimmte Erneuerung des Landes im schwerindustriell-rüstungswirtschaftlichen Bereich und bestärkte – was die noch nicht völlig verstummte GMD-Linke anprangerte – Jiang in seinem gesellschaftspolitisch restaurativen Kurs. Soziale Reformen zum Wohle der chinesischen Volksmassen lagen außerhalb der Vorstellungswelt von Bauer und seinen Nachfolgern.

Nach dem Debakel des mißglückten Kanton-Aufstandes verzichtete die Komintern auf die Entsendung weiterer Militärspezialisten, obgleich deutsche Kommunisten wie Wilhelm Zaiser und Richard Sorge²⁴ weiterhin in ihren Diensten in China tätig waren. Moskau konnte sich auf den

Einfluß der „Rußland-Studenten“ verlassen, die sich im November 1931 auf dem ersten Delegiertenkongreß in dem weitgehend von Mao Zedong aufgebauten Jiangxi-Sowjetgebiet durchsetzten. Bereits auf dieser Tagung wurde die traditionelle Partisanenkriegführung, mit der Mao so erfolgreich operierte, auf Geheiß der Moskauer Führung als veraltet kritisiert und der Aufbau einer strukturell re-organisierten Roten Armee mit einheitlicher Gliederung beschlossen.²⁵ Da es Stalin nicht so sehr um die Revolution in China als vielmehr darum ging, die Sowjetunion machtpolitisch abzusichern und dieses Sicherheitsdenken nach dem japanischen Einmarsch in die Mandschurei (September 1931) einen erhöhten Stellenwert bekam, sollte das kommunistische Heer in China als disziplinierter Großverband entsprechend sowjetischen Vorstellungen politisch instrumentalisiert werden. Um den angelaufenen militärischen Reformen den notwendigen Nachdruck zu verleihen, entsandte daher die Komintern 1932 den deutschen Kommunisten Otto Braun nach China, wo er unter dem Pseudonym Li De in das Sowjetgebiet eingeschleust und bald zu einem beherrschenden militärischen und politischen Einfluß gelangen sollte.²⁶ In der entscheidenden, für die Kommunisten mit einer Niederlage endenden Auseinandersetzung während des sog. 5. Kommunistenfeldzuges der GMD (Oktober 1933–November 1934) standen schließlich deutsche Militärexperten in beiden Lagern einander gegenüber.

Nach Bauers Tod übernahm Oberstleutnant a. D. Wilhelm Kriebel vorübergehend die Leitung der Mission. Der nationalsozialistische „Alte Kämpfer“ und militärische Haudegen war jedoch für eine solche Funktion wenig geeignet. Unter seiner Führung, der sich die Zivilberater demonstrativ nicht unterstellten, schrumpfte der Aufgabenbereich der Mission auf militärstrategische Hilfeleistungen für Jiang Kaishek in dessen Auseinandersetzung mit Kriegsherren und Parteirebellen. In den blutigsten Kämpfen des Bürgerkrieges im Sommer 1930, als sich die GMD-Linke mit den Militärbefehlshabern des Nordens verbündete, ging der Anfangserfolg des Durchbruchs bei Guide weitgehend auf die deutschen Berater zurück; auch der Vormarsch auf Kaifeng wurde im wesentlichen von der deutsch ausgebildeten und mit drei deutschen Beratern versehenen Lehr-Division erzielt.²⁷

Der neue deutsche Missionschef, der pensionierte Reichswehrgeneral und ehemalige Chef des Truppenamtes (Generalstab), Georg Wetzell, erreichte das Hauptquartier Jangs in der kritischen Phase des Feldzuges

Anfang Mai, übernahm die Leitung der Beraterschaft erst nach dem Sieg in Guide und blieb bis zum Abschluß der Operationen im Oktober etwa sechs Wochen lang im fahrbaren Hauptquartier des Marschalls.²⁸ Mit der Entsendung Wetzells hatte die Reichswehr ihre anfängliche Reserviertheit gegenüber der Mission aufgegeben und ihr einen halbamtlichen Charakter verliehen. Die Beraterschaft sollte nunmehr entsprechend den Vorstellungen der Berliner Militärbehörden als ein Aktivposten potentieller militärischer Revisionspolitik fungieren und durch intensivierte Wirtschaftskontakte die im Zuge des 1930 angelaufenen zweiten Rüstungsprogramms benötigten erhöhten Rohstofflieferungen an Spezialerzen (Wolfram) aus China sicherstellen. Doch anstelle sich diesen großen Aufgaben widmen zu können, blieb auch Wetzell in den Bürgerkriegen gegen ‚warlords‘ und Kommunisten zu militärischen Hilfsdiensten verdammt.

Nach Beendigung des Feldzuges im Norden wandte sich Jiang Kaishek gegen die Kommunisten in Jiangxi. Der Anteil der deutschen Berater an Planung und Durchführung von insgesamt fünf Strafexpeditionen gegen die „kommunistischen Banditen“²⁹ und deren schließlich im Oktober 1934 geglückter Vertreibung ist umstritten, wird jedoch aufgrund historischer Legendenbildung generell überschätzt. Neigten schon die damaligen GMD-Führer dazu, den deutschen Einfluß herunterzuspielen und Vorschläge der Militäratgeber in chinesisch verkleideter Form durchzuführen, um die Verdienste des Marschalls in noch hellerem Licht erscheinen zu lassen, so veranschlagten die kommunistischen Führer und unter ihnen auch Mao Zedong die deutsche Mitwirkung als zu hoch und ausschlaggebend. Die von kommunistischer Seite bereits im Oktober 1933, zum Zeitpunkt des Beginns der 5. Kampagne, aufgestellte Behauptung, General Seeckt, der im April 1934 die offizielle Nachfolge Wetzells antrat, habe maßgeblich die Pläne ausgearbeitet und deutsche Offiziere würden sogar Einheiten kommandieren, entspricht keinesfalls den Tatsachen. Weder bei seinem ersten Chinaaufenthalt im Sommer 1933 noch nach Übernahme des Chefberaterpostens war Seeckt in irgendeiner Form an den Planungen beteiligt. Auch die Mitwirkung Wetzells blieb unerheblich und beschränkte sich auf Planstudien und Ratschläge, die von den GMD-Militärs ohnehin nur dann zur Kenntnis genommen wurden, wenn sie sich mit eigenen Vorstellungen berührten.

Der erste Feldzug (Dezember 1930) wurde von Provinztruppen durchgeführt, die nicht einmal über nach deutschen Richtlinien ausgebil-

dete Offiziere verfügten. Weder Jiang noch sein deutscher Militärexperte Wetzell besuchten die Front; die deutsche Beraterschaft entwarf auch keine Studien für diese schnell gescheiterte Kampagne. Für den zweiten Anlauf lieferte Wetzell eine Denkschrift, deren Anliegen, straffe Führung und offensives Vorgehen, indes bei der Durchführung unberücksichtigt blieben. Erst nach dem Fehlschlag auch des zweiten Unternehmens übernahm Jiang das Kommando selbst und holte Wetzell im Sommer 1931 für einen Monat in sein Hauptquartier an der Front. Dort bemühte sich der deutsche General in zähen Verhandlungen, einen offensiven Bewegungskrieg durchzusetzen und den Defätismus in den Reihen geistig unfähiger und untätiger Führer zu überwinden. Außerdem forderte Wetzell eine verbesserte Infrastruktur des Aufmarschgebietes und militärische Sicherung der Nachschubwege. Sein Konzept von einem um die Kommunisten immer enger zu ziehenden Blockadering, die sogenannte „Blockhausstrategie“, zeitigte jedoch erst im vierten Feldzug die gewünschten Erfolge, nachdem der dritte, ohnehin erfolglos, wegen des japanischen Vordringens in der Mandschurei abgebrochen werden mußte. Doch diese neue Strategie eines gesicherten planmäßigen Vormarsches dürfte nicht allein Wetzells Erfindung gewesen sein, sondern sie entsprach ebenso der chinesischen Kriegstradition. Die den Kommunisten auf diese Weise aufgezwungene Positionskriegführung, die sie unter Führung Otto Brauns noch dazu selbst entwickelt hatten, führte schließlich im 5. Feldzug zum Ausbruch der eingezingelten Verbände. An diesem Sieg der GMD-Truppen hatten deutsche Berater keinen direkten Anteil, deutsche Offiziere waren lediglich zu den vorbereitenden Schulungskursen als Ausbilder herangezogen worden, und Wetzell selbst hatte einige, wie immer wenig beachtete Planstudien unterbreitet.

Hat Wetzell daher auf Seiten der Guomindang bestenfalls Anregungen vermittelt, so entschied Otto Braun auf kommunistischer Seite strategische Fragen entsprechend den Moskauer Wünschen. Die „Rußland-Studenten“ erreichten, von Braun tatkräftig unterstützt, im Januar 1934 den Höhepunkt ihrer Machtentfaltung. Mao Zedong wurde politisch kaltgestellt, die militärische Strategie der „kurzstreckigen Überraschungsangriffe“, die auf Braun zurückging, als verbindlich beschlossen.³⁰ Die Sowjetrepublik sollte an ihren Grenzen, d. h. in Positionskriegführung, verteidigt werden. Ein solcher Verteidigungskrieg berücksichtigte nicht die schlechte Logistik und das Fehlen schwerer Waffen in der

chinesischen Roten Armee, die den mit deutschem Material gut gerüsteten und numerisch überlegenen Verbänden der GMD in offenen Feldschlachten nicht gewachsen sein konnte. Braun reorganisierte die kommunistischen Verbände und übernahm als für den Ausbruch verantwortlicher Militär kurzfristig zu dessen Durchführung auch das Kommando über alle militärischen Angelegenheiten. Der Lange Marsch, am 16. Oktober 1934 begonnen, wurde zur größten Niederlage der kommunistischen Bewegung in China. Von ursprünglich 90 000 aufgebrochenen Personen erreichten nur 7000 ein Jahr später die neue Machtbasis Shaanxi. Eine falsche, von der Komintern erzwungene Strategie hatte die Kommunisten in den revolutionsbereiten Großstädten scheitern lassen, nunmehr waren sie erneut aufgrund eines fremdbestimmten Vorgehens auch in ihren dörflichen Reservaten geschlagen worden und standen kurz vor der endgültigen Vernichtung.

Die von Mao vorgebrachte scharfe Kritik an Braun³¹ auf der Sonderkonferenz zu Zunyi (13. Januar 1935) erinnert an kritische Bemerkungen, denen sich auch die deutschen Berater auf Seiten der GMD ausgesetzt sahen: Westliche Militärdoktrinen, wie die der Positionskriegführung, oder auf Seiten der GMD-Truppen die strategische Offensive, ließen die spezifischen chinesischen Verhältnisse außer Acht und vereinbarten sich auch nicht mit konfuzianisch geprägtem Denken der Militärs, den Gegner lieber durch eine List auszustecken, anstelle ihn frontal, mit großen Verlusten, zu überrennen. Auch der Führungsstil, Brauns wie Wetzells, gab Anlaß zu Kritik. Warf Mao dem Deutschen Braun vor, kostbare Erfahrungen selbstherrlich aufgegeben und andere Ansichten rigoros unterdrückt zu haben, so mußte sich Wetzell sagen lassen, daß er für chinesische Verhältnisse zu preußisch unnahbar wirke und durch seine Rechthaberei sich zu viele Feinde geschaffen habe.³²

Wiederum hören sich auch die Klagen beider über das Versagen der chinesischen Militärs, ob Kommunisten oder Guomindang, sehr ähnlich an. Braun³³ wie alle deutschen Chefberater bei Jiang beklagten die Unentschlossenheit der Kommandeure, die mangelhafte Pflege der Waffen und bezichtigten die chinesischen Ansprechpartner, Ratschläge bewußt unterlaufen oder entstellt zu haben. Immerhin rang sich Braun nach seiner politischen Entmachtung durch, daß „schließlich die Chinesen ihre eigene Revolution besser verstehen, als es irgendein Ausländer jemals tun könnte“³⁴ – eine Selbstkritik, zu der die deutschen Offiziere an der Seite

Jiangs schon wegen ihrer Identifikation mit den Zielen der GMD nur selten gelangten.

Deutsche militärische Ratgeber, ob Kommunisten oder Monarchisten, übertrugen ihre Weltkriegserfahrungen mit dem Stellungskrieg und preußische Drill-Gepflogenheiten auf das chinesische Umfeld mit seinen anderen Normen und Traditionen. Die Chinesen, die wiederum auf diese ausländische Hilfestellung meinten nicht verzichten zu können, wurden Opfer und Objekt dieser Fremdbestimmung. Ein deutsch geprägtes militärisches Modernisierungsprogramm mußte, in welcher ideologischen Verkleidung auch immer, gegenüber dem althergebrachten chinesischen Modell eines revolutionären Volkskrieges scheitern. Wie Braun ab 1935 zur Einflußlosigkeit verdammt wurde, so war Wetzells Zeit bereits ein Jahr zuvor abgelaufen. Mehr oder minder durch Seeckts Erscheinen zur Demission gezwungen, verließ er verbittert im April 1934 China. Auch Seeckt und dessen Nachfolger Falkenhausen sollte es nicht gelingen, die Truppen der GMD im preußischen Sinne zu reformieren, so daß sie ihr Hauptaugenmerk stärker auf die Intensivierung des chinesischen Wirtschaftsverkehrs mit dem Reich und den Ausbau der rüstungswirtschaftlichen Logistik konzentrierten.

III. Zwischen Neutralität und Revisionismus: Die offizielle China-Politik des Deutschen Reiches von der Anerkennung der Nanjing-Regierung bis zur Beendigung der Mandschureikrise

Die von Stresemann bis zu seinem Tode (3. Oktober 1929) bestimmte Außenpolitik des Deutschen Reiches stand trotz der Niederlage im Ersten Weltkrieg und dem sich daran anschließenden republikanischen Umsturz in der Tradition deutscher Großmachtgeltung. In bewußter Anknüpfung an die „Politik der freien Hand“ aus der Wilhelminischen Zeit sollte das Reich auch weiterhin seine geographische Mittlerposition in Zentraleuropa, nunmehr zur Wiedergewinnung der Großmachtposition, nutzen und daher keine vertraglich einseitigen Bindungen, sei es zum kommunistischen Rußland oder zu den westlichen Siegermächten, eingehen. Ein ernsthaftes Aufgreifen der von Sun Yatsen vorgebrachten Pläne einer Allianz oder auch sowjetischer Lockungen mit einem Bündnis stand dieser revisionistischen Zielsetzung diametral entgegen und wurde daher

auch von der Wilhelmstraße – im Gegensatz zur Reichswehrführung – nicht versucht. Abmachungen mit dem Osten, wie der Vertrag mit Peking oder der Rapallo-Pakt, dienten vornehmlich dem Zweck, die Grundfesten des Versailler Systems zu erschüttern und die Westmächte zu ähnlichen Konzessionen zu bewegen. Die auswärtigen Beziehungen der Weimarer Republik vollzogen sich allein im Rahmen eines instrumentalisierten Revisionismus. Präferenzen etwa für solche Staaten, die sich wie China in ihrer Politik als äußerst deutschfreundlich erwiesen, wurden nur so lange gewährt, wie sie nicht mit der revisionspolitischen Gesamtstrategie kollidierten. Auch die Fernostpolitik war von dieser rationalen Zweckmäßigkeit bestimmt, die revisionistischen Nahziele in Europa als erste Etappe zu einer späteren Weltmachtgeltung zu erlangen.

Im Gegensatz zur öffentlichen Meinung, wie sie in der Presse³³ zum Ausdruck kam, oder auch der traditionell chinabegeisterten deutschen Schwerindustrie oder den Militärs, herrschte in der „Wilhelmstraße“ keinesfalls eine sinophile Haltung vor. Offiziell verfolgte die Reichsregierung im Fernen Osten eine Politik der strikten Neutralität und Nicht-einmischung in die Rivalitäten der imperialistischen Mächte. Japan wurde von der Fachdiplomatie anfänglich als Siegermacht des Ersten Weltkrieges eingestuft, die sich auf Kosten Deutschlands in China bereichert habe und an der Niederhaltung des Reiches mitwirke. China hingegen galt aus Berliner Sicht zwar auch als ein Opfer von Versailles, mit dem sich deklamatorische Vereinbarungen treffen ließen, fiel aber wegen seiner politischen Instabilität als machtpolitischer Partner für die Wiedererlangung der deutschen Größe aus. Als sich Japan daher nach den Washingtoner Verträgen, die japanische Rechtskreise wegen der Rückgabe Qingdaos an China als „japanisches Versailles“ brandmarkten, allmählich von seinen ehemaligen Kriegsverbündeten distanzierte und schließlich mit der Besetzung der Mandschurei (September 1931) antiwestliche Machtpolitik demonstrierte, zog es das wohlwollende Interesse der deutschen Diplomatie auf sich.³⁴ Schon in der Weimarer Zeit stand die deutsche Fernostpolitik vor der Alternative, sich mit dem wirtschaftlichen Wunschpartner China enger zu verbinden oder aufgrund globaler revisionspolitischer Zielsetzungen ein machtpolitisch enges Verhältnis mit Japan zu suchen. Die Außenpolitiker Weimars versuchten noch, sich beide Wege offenzuhalten, bevor die Nationalso-

zialisten eine eindeutige Option für die stärkste asiatische Macht, Japan, abgaben und 1938 die Wendung der deutschen Fernostpolitik auf das Kaiserreich endgültig vollzogen.

Die chinesischen Wirren und politischen Querelen in der GMD wurden von Berlin distanziert als Beleg gewertet, daß in China auf absehbare Zeit nicht mit normalen staatlichen Verhältnissen zu rechnen sei. Bei der Anerkennung der Nanjing-Regierung ließ sich daher die deutsche Seite viel Zeit und überließ den Amerikanern den Vortritt. Erst nachdem Washington eine der Hauptforderungen der Nationalregierung, die Rückgewinnung der chinesischen Zollautonomie, in einem Abkommen erfüllt hatte, erkannte die Reichsregierung die Guomindang als einzige rechtmäßige chinesische Regierung an (17. August 1927), bekräftigte die in den Verträgen von 1921 verankerte Gleichberechtigung und richtete als erste ausländische Macht eine Außenstelle der Pekingener Botschaft in Nanjing ein.³⁷

Zur geplanten Entsendung Bauers nach China und der von ihm schließlich zusammengestellten Militärberaterschaft bezog das Auswärtige Amt eine schroff ablehnende Haltung. Da der Artikel 179 des Versailler Vertrages deutsche Militärmissionen im Ausland untersagte, befürchteten die Diplomaten, die Präsenz ehemaliger deutscher Offiziere in China werde zu internationalen Rückwirkungen führen und die mit der Locarno-Politik eingeleitete vordergründige Entspannung mit den Westmächten stören. Auch Japan, das sich den deutschen revisionistischen Nahzielen im Völkerbund offen zugetan zeigte, mußte durch deutsche Militärs in einem von Tokio seit dem Weltkrieg reklamierten wirtschaftspolitischen Interessengebiet herausgefordert werden. Hingegen stießen Bauers hochfahrende Wirtschaftspläne im Auswärtigen Amt auf Gegenliebe, entsprach ein solches Vorgehen doch auch der Konzeption Stresemanns, das Reich zunächst wirtschaftspolitisch in den Rang einer Großmacht zu erheben, um dann in einem zweiten Schritt die Grenzfragen zu lösen. Stresemann veranschlagte daher den wirtschaftlichen Gewinn der Beraterschaft für höher als den politischen Schaden, den sie anrichten konnte und ließ schließlich die Mission inoffiziell gewähren.³⁸ Aufforderungen seines Staatssekretärs, durch eindeutige Weisungen dem Treiben des politisch übel beleumundeten Bauer in China ein Ende zu bereiten, wich der Minister aus. Das Auswärtige Amt betrieb seit der Entsendung Bauers eine ambivalente Politik: Zum einen schirmte es die Tätigkeit der

Militärberater gegenüber dem Ausland ab, zum anderen intervenierte es mehrfach bei der Nanjing-Regierung und bei Bauer selbst gegen die Einrichtung eines militärischen Beraterstabes. Die befürchtete ausländische Intervention unterblieb zudem, obgleich die Ankunft Bauers und seiner Offiziere in der Weltpresse Schlagzeilen machte. Eine französische Initiative zu einer Demarche in Berlin war von England abgewiesen worden, da London vermutlich deutsche Berater einer möglichen französischen Konkurrenz vorzog.

Um ihr Wohilverhalten gegenüber den Westmächten zu dokumentieren, kam die Reichsregierung im März 1928 den Wünschen der an China interessierten Großmächte nach einem Exportverbot für Waffen nach. Damit waren auch Transitlieferungen in die deutschen Verschiffungshäfen unterbunden, so daß der deutsche Anteil an der chinesischen Gesamteinfuhr an Waffen 1928 um die Hälfte zurückfiel³⁹, bevor das Verbot nach einem Jahr Gültigkeit wieder auslief. Auch in dem an den Rand eines Krieges treibenden sowjetisch-chinesischen Konflikt um die chinesische Ostbahn im Sommer 1929 blieb die Reichsregierung in auffälliger Abseitsstellung. Wohl übernahm Berlin die Schutzmachtvertretung für die Staatsangehörigen beider Seiten, die sich im anderen verfeindeten Land befanden, wandte sich aber entschieden gegen eine von den Chinesen gewünschte Vermittlungsaktion. Die Reichsregierung betonte ihre Außenseiterrolle in Ostasien, um sich alle politischen Optionen offen zu halten und etwaigen internationalen Verwicklungen aus dem Wege zu gehen.⁴⁰

Aus ähnlichen Motiven heraus, sich in China nicht politisch zu exponieren, versuchte das Auswärtige Amt noch Anfang 1930 die von Reichswehr und Industrie befürwortete Entsendung eines prominenten Generals, Wetzell, zur Übernahme der Beraterschaft zu hintertreiben. Erst mit dem verschärften Revisionskurs der Regierung Brüning und der Beförderung des Leiters der Fernostabteilung der „Wilhelmstraße“, Trautmann, zum Gesandten in Nanjing (1931) bahnte sich ein Wandel in der Fernostpolitik an. Der als sinophil geltende neue diplomatische Vertreter bemühte sich ostentativ um ein besseres Verhältnis zu den bislang von den deutschen Diplomaten abfällig beurteilten Militärberatern, die nunmehr von Berlin als inoffizielle Mission eingestuft wurden. Die deutsche Vorzugsposition in China wurde fortan stärker als ein machtpolitisches Instrument gewertet, um die vorrangigen Revisionsziele

einer militärischen Gleichberechtigung und Beendigung der Reparationen durch Verhandlungen im Völkerbund zu erreichen. Entsprechend dem Verhalten der übrigen Mächte gegenüber den deutschen Forderungen ließ sich die deutsche Präsenz in Ostasien, vor allem auch die mit 77 Personen ihren Höchststand⁴¹ erreichende Militärberaterschaft, als politisches Druckmittel einsetzen.

Das japanische Vorgehen in der Mandschurei und die Verlagerung dieses ersten internationalen Konfliktes auf die diplomatische Bühne in Genf eröffnete dem Auswärtigen Amt die Chance, über Parteinahme den Prozeß der machtpolitischen Restauration des Reiches zu beschleunigen.⁴² Da Japan sich offenkundig zu einer revisionistischen Politik bekannte und den entsprechenden deutschen Bestrebungen in der Reparationsfrage wohlwollend gegenüberstand, steuerte das Auswärtige Amt sogleich einen projapanischen Neutralitätskurs und versuchte die Berater von aktiver Unterstützung der chinesischen Verteidigungsanstrengungen zurückzuhalten. Das stärkere Japan schien als außenpolitischer Partner und berufene Ordnungsmacht in Ostasien langfristigen deutschen Interessen auch in Ostasien dienlicher zu sein als das nunmehr auch vor einer äußeren Bedrohung zurückweichende, schwache China. Da die Westmächte im Anfangsstadium der Krise eine ähnliche latent projapanische Haltung bezogen, befand sich die deutsche Politik im gewünschten Einklang, um durch Wohlverhalten in Fernost Entgegenkommen in Europa zu erlangen.

Als jedoch die Amerikaner den sich über alle Empfehlungen des Völkerbundes hinwegsetzenden Japanern mit der Stimson-Doktrin, der Nichtanerkennung gewaltsam geschaffener Veränderungen, konterten und sich die Kampfhandlungen Ende Januar 1932 auf Shanghai verlagerten, revidierte Berlin – wiederum im Einklang mit den Westmächten – seine projapanische Haltung zugunsten strikter Neutralität. Die Japaner wiederum machten die deutsche Beraterschaft für den hartnäckigen Widerstand der Chinesen in Shanghai verantwortlich, obgleich sich keine deutschen Experten in der Handelsmetropole aufhielten und Wetzell – allerdings entgegen den Wünschen der Diplomaten – den Kriegsschauplatz nur in einer Stippvisite inspizierte.⁴³ Das Auswärtige Amt lehnte daher eine von Japan geforderte Rückberufung der Berater ab, mahnte jedoch diese zu größerer Zurückhaltung. Eine ursprünglich geplante Anstellung von General Falkenhausen, um die zurückgewichenen mand-

schurischen Truppenverbände für den Kampf gegen die Japaner zu reorganisieren, unterblieb 1932 auf Intervention der „Wilhelmstraße“. Als sich Japan jedoch demonstrativ vom Völkerbund und Europa abwandte, ja zu keinen im Lytton-Bericht dargebotenen Kompromissen bereit war, schwenkte die deutsche Außenpolitik vollends auf die Westmächte um. Bei den Kämpfen um Jehol zu Beginn des Jahres 1933 unterstützten deutsche Berater dann auch demonstrativ den chinesischen Abwehrkampf, ohne daß die Diplomaten Bedenken äußerten. Eine Rücksichtnahme auf Japan schien selbst der neuen nationalsozialistischen Regierung in der Phase ihrer innenpolitischen Konsolidierung außenpolitisch zu gefährlich zu sein. Bei der Abstimmung über den Bericht der Untersuchungskommission des Völkerbundes (Lytton-Bericht) votierte der Vertreter Hitler-Deutschlands im Gleichklang mit den Westmächten gegen – den späteren Verbündeten – Japan. Die deutsche Präsenz in China, verkörpert durch die einflußreiche Militärmission, war erstmals zu einem Politikum geworden, dessen sich die Nationalsozialisten im Rahmen ihres globalen Revisionismuskonzeptes fortan weiter bedienen sollten.

IV. Ideologische Gemeinsamkeiten verspäteter Nationen: Zur Rezeption des deutschen Sonderweges im chinesischen Bildungsbürgertum

Die Bewunderung der chinesischen neuen Führungsschicht, von der 1932 immerhin 80% durch ein modernes Erziehungswesen sozialisiert worden waren“, für das politisch und gesellschaftlich als vorbildhaft empfundene Deutschland steigerte sich in der Zwischenkriegszeit sogar zu der in intellektuellen Kreisen – die Kommunisten ausgenommen – weit verbreiteten Ansicht, daß China auch den historischen Entwicklungsprozeß der deutschen Einigung von oben nachvollziehen müssen und dabei der akademischen Elite eine Führungsfunktion zukomme. Die Herausbildung einer solchen bildungselitären Herrschaftsideologie vollzog sich unter bewußter Übernahme geistesgeschichtlicher Grundlagen des deutschen Historismus. Um sich gegen westlich-demokratisches Gedanken- gut wie gegen kommunistisches gleichermaßen abzusichern, förderte die GMD diesen bildungsbürgerlichen Anspruch durch entsprechende an deutschen Vorbildern orientierte Reformen im Erziehungswesen,

gewährte dieser neuen Schicht ein partielles politisches Mitspracherecht und integrierte sie als unverzichtbare Führungskräfte in den autoritären Staatsapparat. Das deutsche kulturelle und geistesgeschichtliche Vorbild, aus dem sich solche geistigen Wesensverwandtschaften wie zwischen Jiang und Bauer oder später Falkenhausen erst erklären, wirkte auf die gesamtpolitische Entwicklung Chinas nach dem Ersten Weltkrieg vermutlich prägender als angelsächsisches Gedankengut und war wesentlich dafür verantwortlich, daß China – wie Deutschland – in die Sackgasse eines ideologisch-politischen Sonderwegs geriet, aus der allein die Revolution – oder wie im Falle Deutschlands – die totale Niederlage herauszuführen vermochte.

Die deutsche Diplomatie und Wirtschaft förderten diese chinesische Bereitschaft zur geistigen Adaption des deutschen Modells durch eine geschickte Kulturpropaganda – eine vergleichsweise billige Investition, die schnellen Gewinn versprach. Die erste Amtshandlung des ersten deutschen Gesandten nach dem Weltkrieg bestand bezeichnenderweise darin, der Peking-Universität 1921 eine Spende von 1000 Büchern zu überreichen.⁴⁵ Ein Jahr später war der Wiederaufbau der von Deutschland 1912 gegründeten medizinisch-technischen Hochschule Tongji⁴⁶ bei Shanghai abgeschlossen. Das Reich hatte eine einmalige Summe von 250 000 Goldmark beigesteuert, und eine von 300 deutschen Firmen gezeichnete Spende hatte weitere 650 000 Goldmark erbracht. Die Hochschule, 1923 in den Rang einer Staatsuniversität erhoben, sollte 1930, als die geistige Orientierung der GMD Bildungselite auf Deutschland anwuchs, zusätzlich eine rechts- und staatswissenschaftliche Fakultät erhalten. Die Universität wurde bei den Kämpfen um Shanghai 1932 vermutlich in voller Absicht von den Japanern zerstört, um diesen Hort geistigen deutschen Einflusses in China auszuschalten. Die nationalsozialistische Regierung baute die Universität jedoch wieder auf und nutzte sie als Aushängeschild des „neuen Deutschlands“, bis die Japaner im Dezember 1937 erneut einrückten und Studenten wie Professoren zur Flucht ins Landesinnere zwangen.

Der deutsche Einfluß erlebte nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern eben auch im kulturellen Sektor unmittelbar vor Beginn der japanischen Aggression seinen Höhepunkt. Von den etwa 4000 China-deutschen waren ein Viertel als Lehrer⁴⁷ an chinesischen Mittelschulen oder privaten Bildungseinrichtungen tätig, um die deutsche Sprache zu

vermitteln. Die Zahl der Chinesen mit soliden Kenntnissen des Deutschen blieb indes verschwindend gering und war weit niedriger als die Anzahl der Englisch beherrschenden Chinesen. Übersetzungen grundlegender deutscher Werke versprachen daher eine größere Breitenwirkung. Bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wurden über tausend deutsche wissenschaftliche Arbeiten ins Chinesische übertragen, von denen drei Viertel den Kulturwissenschaften zuzuordnen sind.⁴³ Die für die ideologische Orientierung der GMD-Bildungselite wichtigsten Übersetzungen deutscher Werke in den dreißiger Jahren waren Fichtes „Reden an die deutsche Nation“ (1932), Hegels „Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte“ (1935), Hitlers „Mein Kampf“ (1935) und die in Aufsätzen wiedergegebenen Gedanken des deutschen Kulturphilosophen Eduard Spranger über den Nationalcharakter (1939–41).

Die am 19. Februar 1934 von Jiang Kaishek begründete „Bewegung neues Leben“ knüpfte mit ihrer Rückbesinnung auf die traditionellen ethischen Werte der konfuzianistischen Gesellschaftsordnung in viel stärkerem Maße an das deutsche Vorbild des frühen 19. Jh. an als etwa an zeitgenössische faschistische Modelle. Jiang selbst bezog sich in seiner Rede über den Sinn der „Bewegung Neues Leben“⁴⁴ ausdrücklich auf das Beispiel des deutschen Wiederauflebens in einer Diktion, die größere Nähe zu Fichte und Hegel als zu Hitler erkennen ließ. Die Gleichsetzung von Kultur und Staat, das Eins-Sein von individueller Freiheit und dem sittlichen Staat, dem der Mensch erst seine Existenz als Mensch verdanke, sowie objektiv vorhandenes national-sittliches Bewußtsein – diese der deutschen Philosophie entlehnten Begriffe verhalfen in den 30er Jahren in China einer relativ kleinen Bildungselite dazu, eine staatliche Identitätsbildung zu erreichen und sich mit den Zielen der Guomindang, vor allem nach dem Ausbruch des als „Kulturkrieg“⁴⁵ bezeichneten Kampfes gegen Japan, zu solidarisieren.

Der Herrschaftslegitimation einer Bildungselite diene die unter deutschem Einfluß vorgenommene Reform des höheren Schulwesens in noch stärkerem Maße als die Rezeption der deutschen Philosophie. Nachdem die 1923/24 abgehaltene intellektuelle Debatte „Wissenschaft und Lebensanschauung“⁴⁶ der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeit ein aktivistisches Kulturkonzept entgegenhielt – eine Wiederholung des deutschen Methodenstreits zwischen Naturwissenschaften und Hermeneutik – und ähnlich wie in Deutschland auch in China die historische

Erkenntnis von der Kulturnation die Oberhand gewann, stand das nach amerikanischen Vorbildern auf egalitäre Breitenbildung zielende, höhere Bildungswesen zur Reform an. Die wachsende gesellschaftliche Bedeutung der neuen Bildungselite, die an die Stelle der alten Mandarine aufgerückt war, fiel mit der Machtkonsolidierung der GMD zusammen und führte zu einer Verschmelzung von Partei und Bildungsbürgertum. Eine Berufsgliederung der Mitgliedschaft der GMD für 1930 verdeutlicht, daß die Intellektuellen, Professoren, Lehrer, Studenten, mit über 32 Prozent die mit Abstand stärkste Gruppierung⁵² bildeten. Diese Führungselite suchte nach bildungspolitischer Absicherung ihrer Macht, ohne sich indes klassenmäßig wie die ehemaligen Mandarine von den Volksmassen abzuheben.

Die Verbindung zwischen Bildungsaristokratie und Masse zu schaffen, gelang dem ehemaligen preußischen Kultusminister und Professor für Orientalistik, Carl-Heinrich Becker, der 1931 im Auftrage des Völkerbundes eine Kommission für schulpolitische Entwicklungshilfe anführte.⁵³ Unter der Devise ‚Zurück zu Fichte‘ hatte Becker einst in Preußen nach dem Untergang der Monarchie die kulturelle Identität als neue und einzige Form nationaler Selbstfindung propagiert – ein Konzept, das er ideologisch und instrumental auf China übertrug. Um die Einheit der Kultur zu wahren, jedoch die Einheitsschule zu vermeiden, hatte Becker als Mittler zwischen Elite und Massen die Pädagogischen Hochschulen in Preußen begründet. Wahre Bildung war nach Becker aristokratisch und hatte die Aufgabe, in einem vertikalen Schulsystem der Elite die loyale Gefolgschaft zu schaffen. Becker kritisierte daher den amerikanischen Einfluß im chinesischen Bildungssystem als wesensfremd, als eine Verwechslung von Modernisierung mit Amerikanisierung, und sprach sich für eine drastische Reduzierung der ‚high schools‘ zugunsten von Berufsschulen aus.

Die Rezeption dieser Vorschläge in der GMD war einhellig positiv. Der in Deutschland ausgebildete damalige chinesische Erziehungsminister Zhu Jiahua begrüßte das Reformziel enthusiastisch, vollzog nur zwei Wochen nach Erscheinen des Becker-Berichtes⁵⁴ die entsprechende Schulreform und gab rückblickend die grundlegenden Gedanken dieser Erziehungsreform von 1932 sogar als seine eigenen aus.⁵⁵ Andere GMD-Intellektuelle wie der Rektor der Peking-Universität und der Philosoph Hu Shi zeigten sich aufgrund der mit Beckers Reformen gemachten guten

Erfahrungen sogar bereit, das gesamte damalige deutsche Schulwesen für China zu übernehmen, ein Vorhaben, das an den Finanznöten der Nanjing-Regierung scheiterte. Die Quintessenz der Vorschläge Beckers offenbarte sich 1935 in dem „Manifest zum Kulturaufbau Chinas vom nationalen Standpunkt“³⁶, das von der GMD ergebene Professoren verfaßt, eine breite Diskussion über Chinas richtigen Weg in die Moderne entfesselte. Dieser lag nach nahezu einhelliger Auffassung der publizierten öffentlichen Meinung allein in der Rückbesinnung auf chinesische kulturelle Werte und implizierte eine radikale Abkehr von westlich-demokratischen wie von marxistischen Modellen. Die deutsch-inspirierte Erziehungsreform und die nationale Wiedergeburt gingen im Bekenntnis zum chinesischen Sonderweg eine verhängnisvolle Symbiose ein. Getreu dem Programm von Sun Yatsen wurde dieser Weg mit der Eröffnung der Debatte über eine Nationalversammlung und Verfassung Mitte der 30er Jahre weiter beschritten und offiziell der Übergang von der Militär- zur Erziehungsdiktatur vollzogen. In dieser neuen Phase ideologischer Bevormundung fiel dem Bildungsbürgertum, partiell an der Macht beteiligt, die Schlüsselstellung in der Gesellschaft endgültig zu. Als ausländischer Partner blieb dieser Elite entsprechend ihrem kulturellen Selbstverständnis allein das Deutsche Reich, das einen ähnlichen geistesgeschichtlichen und politischen Prozeß zuvor durchlaufen hatte und nunmehr unter Hitler als leuchtendes Vorbild wiedergewonnener Größe China vor Augen stand. Doch in beiden Ländern hemmten die Bürden eines historistisch verstandenen Sonderweges die Wandlungsfähigkeit der Gesellschaft und verhinderten eine politische Partizipation der Volksmassen. Für das Deutsche Reich erwies sich der Sonderweg wie auch für China schließlich in der Konfrontation mit einem egalitären Gegner als Irrweg.

V. Chinesische militärische Modernisierung und deutsche Aufrüstung: Die Nationalisierung der Handelsbeziehungen

Die ideologisch-geistesgeschichtlichen Affinitäten in der Entwicklung Deutschland und Chinas bildeten zwar die Voraussetzung für das vor allem von Seiten der Guomindang gesuchte Rapprochement mit dem Reich, standen aber nicht so im Zentrum des vorrangigen Interesses der

Regierungen wie die Handelsbeziehungen. Die Steigerung des deutsch-chinesischen Warenverkehrs auf der Basis von Kompensationsgeschäften – chinesische Rohstoffe gegen deutsche Maschinen und Rüstungsgüter – bildete ab 1933 das Hauptanliegen in den zwischenstaatlichen Beziehungen, bevor es 1936, nach Überwindung zahlloser egoistischer Sonderinteressen in Berlin wie in China, in einem großangelegten Warenverkehr realisiert werden konnte.

Schon Oberst Bauer hatte bei seiner Rundreise durch deutsche Großbetriebe mit der ihm von Jiang Kaishek anvertrauten Kommission Geschäftsverbindungen applaniert. Entsprechend seinen Vorstellungen von einer staatlich gelenkten Modernisierung des schwerindustriellen Sektors in China suchte Bauer die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, wie Carl Duisberg, für lohnende Großprojekte zu gewinnen und empfahl den Besuch einer prominenten Wirtschaftsdelegation im Lande selbst. Seine Vorstellungen von einer Zentralisierung der deutschen Chinaexporte über die Handelsabteilung der chinesischen Gesandtschaft in Berlin – was durchaus den Wünschen der Nanjing-Regierung nach einer strikteren Kontrolle vor allem des deutschen Waffenhandels mit China entsprach – stießen jedoch auf grundsätzliche Ablehnung bei den deutschen Exportfirmen, die mit beträchtlichen Gewinnspannen die Produkte der deutschen Industrie über ihre Filialen in China zu verkaufen pflegten. Die Lobby der China-Händler, zusammengefaßt im „Ostasiatischen Verein“, entrüstete sich einhellig über eine „Sowjetisierung“ des China-Geschäftes. Bauer, der selbst als Generalagent für Junkers wirkte, arbeitete zielstrebig auf eine Monopolstellung seiner Person in den Wirtschaftskontakten hin, vermochte jedoch in der kurzen Zeit seiner Amtsführung als Generalberater den Widerstand der etablierten China-Kaufleute nicht zu überwinden.⁵⁷ Der Streit um die Zweckmäßigkeit einer weitgehenden staatlichen Zentralisierung des deutsch-chinesischen Handels war indes ausgebrochen und sollte auch von der nationalsozialistischen Regierung, die solchen Plänen wegen ihres bilateralen Außenhandelskonzeptes positiv gegenüberstand, nie eindeutig zugunsten einer vollständigen Nationalisierung entschieden werden.

Die schlechte Auftragslage der deutschen Schwerindustrie in der Folge der ausgebrochenen Weltwirtschaftskrise, in der das „Russengeschäft“ viele Betriebe an der Ruhr vor dem Konkurs bewahrte, weckte indes die Neugier der Industriellen an dem für unersättlich angesehenen Markt des

chinesischen Riesenreiches. Ein gesteigerter Absatz in China, gewissermaßen ein überdimensionales „Russengeschäft“ mit einem noch dazu nichtkommunistischen, wegen seines autoritären Charakters geschätzten Regimes der Guomindang, versprach, einen Ausweg aus der verheerenden Wirtschaftskrise zu eröffnen. Von April bis Juni 1930 bereiste daher eine Studienkommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie China und kehrte trotz des in jener Zeit gerade kulminierenden Bürgerkrieges mit hohen Erwartungen und – wie sich bald herausstellen sollte – illusionären Hoffnungen zurück. Bei einem Pro-Kopf-Stahlverbrauch in China von 1½ kg pro Jahr, was etwa ein Hundertstel des deutschen entsprach, und einem Energieverbrauch von 4,5 Kilowatt pro Einwohner, im Vergleich zu 490 Kilowatt in Deutschland, wäre die deutsche Schwer- und Elektroindustrie ihrer Absatzsorgen mit einem Schlage enthoben gewesen und hätte noch dazu kräftig expandieren können, wenn sich dieser brachliegende Markt erschließen lassen würde. Wie schon Bauer in seinem Memoranden, propagierten auch die Industriellen den Ausbau des Eisenbahn- und Straßenbahnnetzes als unumgängliche Voraussetzung eines wirtschaftlichen Aufbaus, sahen im Bergbau- und Hüttenwesen weitere lohnende Investitionsfelder und registrierten neidvoll die schier unermeßlichen Rohstoffreserven. Bei dem zur Stahlerhärtung benötigten Wolfram, das vor allem für die Rüstungsproduktion unverzichtbar und in Deutschland selbst nicht vorhanden war, verfüge China sogar über die größten Vorkommen der Welt.⁵⁸ Eine Nutzbarmachung dieser Rohstoffe für die deutsche Wirtschaft, so die unausgesprochene Hoffnung der Industriellen, könne Deutschland vom Weltmarkt unabhängig machen und das Reich zur führenden Industrienation der Welt erheben. Die Chinaexperten vermochten sich allerdings der realistischen Einsicht nicht zu entziehen, daß Mangel an deutschem Kapital und die politische Instabilität Chinas einer schnellen Realisierung solcher hochfahrender Pläne entgegenstanden.⁵⁹ Der China-Ausschuß der Wirtschaft rief daher nach staatlicher Protektion, verlangte Ausfallbürgschaften des Reiches und beschloß mit Hilfe einer im Januar 1931 gegründeten China-Studien-Gesellschaft⁶⁰, die wirtschaftliche Entwicklung in dem Riesenreich wenigstens weiterhin aufmerksam zu verfolgen.

Die deutschen Militärberater galten den Industriellen als natürliche Mittler deutscher Wirtschaftsinteressen. Doch unter Führung Wetzells blieb die Mission vorrangig mit militärtechnisch-strategischen Fragen

beschäftigt. Dem Generalstabsoffizier Wetzell waren zudem Wirtschaftsverhandlungen oder auch nur die Pflege von Kontakten zu den in China vertretenen deutschen Firmenvertretern ein Greuel, so daß seine Abberufung und Ersetzung durch den in Geschäften besser bewanderten ehemaligen Chef der Reichswehr Seeckt auf chinesischer wie auch auf deutscher Seite primär unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben wurde.

Bereits für seine erste Reise nach China im Sommer 1933, die auf Einladung Wetzells erfolgte und die das Prestige der Nationalregierung nach der Mandschurei-Krise erhöhen sollte, mobilisierte Seeckt seine Kontakte zu Waffenhändlern, die ihm einst bei der Abwicklung illegaler Rüstungsgeschäfte der „Schwarzen Reichswehr“ mit der Sowjetunion zur Seite gestanden hatten. Persönliche Geldsorgen Seeckts kamen hinzu, so daß der gealterte Generaloberst sich als Gallionsfigur für etwas undurchsichtige Verhandlungen eines Berliner Waffenlobbyisten Hans Klein in Kanton hergab. Das ursprünglich anvisierte und sicherlich mit Berliner Reichwehrstellen abgesprochene Projekt, eine Waffenfabrik im Tausch gegen Erzlieferungen an Südchina zu liefern, reduzierte sich schließlich auf einen Vertrag zur nie ausgeführten Errichtung eines Arsenal in Kanton.⁶¹ In einer unaufgefordert Jiang Kaishek übermittelten Denkschrift⁶² erteilte Seeckt noch gute Ratschläge zur Reorganisation der chinesischen Armee, die Wetzell als Einmischungsversuche in seine Kompetenzen entrüstet zurückwies, und sprach sich dezidiert dafür aus, in China eine eigenständige Rüstungsindustrie aufzubauen. Um sein eigenes Interesse und das der deutschen Wirtschaft an einem solchen Aufbau zu kaschieren, gedachte Seeckt diese Aufgabe „europäischen Firmen“ zu übertragen.

Die Reaktionen der deutschen Diplomaten über die seltsamen Geschäftsgebaren des einst so überkorrekten preußischen Offiziers und die Größenordnung der Tauschvorhaben ließen diesen ersten Anlauf scheitern und es geboten erscheinen, den zweiten besser vorzubereiten. Der wirtschaftliche Aufbau Guomindang-Chinas sollte fortan mit Rückendeckung offizieller deutscher Stellen an die deutsche Aufrüstung gekoppelt werden. Das inzwischen angelaufene Aufrüstungsprogramm der Reichswehr, das ein Friedenheer von 21 Divisionen vorsah, mußte rüstungswirtschaftlich vor allem durch eine störungsfreie Beschaffung der notwendigen Rohstoffe abgesichert werden. Dem ‚Neuen Plan‘ Schachts, den Außenhandel nur noch bilateral und möglichst im devisensparenden

Tauschverfahren abzuwickeln, entsprachen die Vorstellungen der Reichswehr, dem Chef des Ministeramtes von Reichenau und dem Leiter des Wehrwirtschaftsamtes Thomas, die dringend benötigten Wolframzufuhren aus China durch Kompensationsverträge zu sichern.⁶³ Überdies suchten Reichswehr und Industrie nach der aus ideologischen Gründen von den Nationalsozialisten beendeten militärtechnisch-rüstungswirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion einen neuen Partner.

Da Jiang Kaishek in Kenntnis der guten Wirtschaftsverbindungen Seeckts diesem ab September 1933 die offizielle Übernahme der Berater-schaft geradezu aufdrängte und über seinen Finanzminister Soong Aufträge über die Lieferung ganzer Waffenfabriken in Berlin plazierte hatte, sprach Seeckt sein Vorgehen mit Reichswehrstellen ab und ließ über seinen Wirtschaftsexperten Hans Klein noch vor seiner Abreise eine besondere Firma, HAPRO (Handelsgesellschaft für industrielle Produkte), zur Abwicklung der Tauschprojekte im Januar 1934 gründen. Gegen alle Widerstände des Auswärtigen Amtes verteidigte die Reichswehr ihr Vorhaben, mit der halbautonomen Kantoneser Regierung wie mit der Nanjinger Zentralregierung großangelegte Tauschabkommen zu vereinbaren. Tatsächlich vermochte Klein im Auftrage Seeckts sowohl in Kanton Verträge über Arsenalbauten als auch mit der Nanjinger Seite einen „Ausführungsvertrag über den Austausch von Rohstoffen und Landesprodukten Chinas gegen Industrie- und sonstige Erzeugnisse Deutschlands“ (23. August 1934) abzuschließen.⁶⁴

In dem als streng geheim klassifizierten Vertragswerk verpflichtete sich die deutsche Seite, einen Kredit in Höhe von 100 Mill. RM den Chinesen zum Einkauf von Maschinen, mit denen die Rohstoffvorkommen abgebaut werden konnten, zur Verfügung zu stellen, der dann durch Wolframlieferungen abgetragen werden sollte. Nach dieser Anlaufphase sollte der Vertrag den Tauschverkehr Montanrohstoffe aus China gegen deutsche Industriegüter auf der Basis der internationalen Börsenkurse abwickeln. Die vereinbarte strikte Geheimhaltung diente einem doppelten Zweck: Jiang Kaishek und auch Hitler, der das Vertragswerk ausdrücklich sanktionierte, wollten beide – aus unterschiedlichen Gründen – die mißtrauischen Japaner nicht auf den Plan rufen. Außerdem sollten bei diesem auf Betreiben der Militärs geschlossenen rüstungswirtschaftlichen Abkommen die zivilen Regierungsinstanzen und die traditionellen China-Handelshäuser umgangen werden. Beide Vertragspartner erhoff-

ten sich durch diesen direkt vom Militär kontrollierten Warenaustausch eine zentrale Kontrolle der Lieferungen und den Wegfall der überhöhten Gewinnspannen der alteingesessenen Export-Import-Firmen.

Die Durchführung dieses staatlichen Wirtschaftsvertrages blieb indes im politischen Dualismus zwischen Kanton und Nanking stecken und wurde auch auf deutscher Seite durch Streitigkeiten zwischen der Reichswehr und dem Auswärtigen Amt über eine einheitliche Ausrichtung der deutschen Chinapolitik verzögert.⁶⁵ Während die „Wilhelmstraße“ die Nanjinger Zentralregierung als alleinigen Machträger Chinas anerkannte und offizielle deutsche Vereinbarungen mit lokalen Regierungen wie Kanton prinzipiell ablehnte, erinnerte das rücksichtslose Vorgehen der Reichswehr, Rohstoffe um jeden Preis aus China herauszuziehen, eher an koloniale Praktiken als an ein gesamtpolitisches Konzept. Die Reichswehrrführung hatte sich durch die von ihr mitgetragene forcierte Aufrüstung innenpolitisch korrumpieren lassen und verlor nunmehr auch ihr außenpolitisches Eigengewicht gegenüber den nationalsozialistischen Regierungsinstanzen. Erst massive Proteste des neuen Generaloberaters Falkenhausen (seit 19. März 1935), mehrfache Interventionen der Diplomaten und schließlich ein Appell des ‚alten Kämpfers‘ Kriebel, nunmehr zum Generalkonsul in Shanghai avanciert, waren notwendig, um die Reichswehr zum Verzicht auf ihre die politische Einheit Chinas gefährdende Doppelstrategie zu bewegen. Die „Wilhelmstraße“ vermochte schließlich Ende 1935 die Reichswehr einer konsistenten Chinapolitik zu verpflichten, in welcher China die Rolle eines zukünftigen wirtschaftlichen und militärischen Bündnispartners – gewissermaßen als Ersatz für das von Hitler favorisierte Japan – zgedacht war.

Vorerst liefen die Wolframimporte aus China auch über die traditionellen Handelshäuser zufriedenstellend und konnten bei einer Steigerung von 1906 Tonnen (1933) auf 4784 Tonnen (1935) den Bedarf der Rüstungsindustrie gut decken.⁶⁶ Die nach dem geglückten Rheinland-Coup (7. März 1936) weiter vorangetriebenen Planungen zur Erweiterung des Heeres auf einen Mobilisierungsstand, der den des kaiserlichen Heeres zu Kriegsbeginn übertreffen sollte, warfen indes Fragen nach der Rohstoffversorgung und einer geradlinigen, machtpolitisch ausgerichteten Fernostpolitik erneut in verschärfter Form auf. Außenminister Neurath und Reichskriegsminister Blomberg kamen daher unmittelbar nach der deutschen Besetzung des Rheinlandes, die Frankreichs Selbständig-

keit als Großmacht beendete, überein, die Zwistigkeiten über die HAPRO durch Übernahme der Firma in staatlichen Besitz zu beenden und die deutsche Ostasienpolitik eindeutig auf China auszurichten.

Die HAPRO wurde schließlich am 8. April 1936 dem Reichswehrministerium unterstellt. Am gleichen Tage unterzeichnete Schacht mit einem chinesischen Regierungsvertreter ein Kreditabkommen über 100 Mill. RM⁹⁷, wie es Klein anderthalb Jahre zuvor in China ausgemacht hatte. Da die Gelder zu 80 Prozent aus dem Fonds der Reichswehr kamen, hatte das deutsche Militär fortan den Chinahandel für die von ihm angestrebte Tiefenrüstung langfristig unter seine Kontrolle gebracht. Die Zufuhr dringend benötigter Spezialerze aus China stieg sogleich rapide an, wie umgekehrt die deutschen Lieferungen an Rüstungs- und Industriegütern nach China.

Die Mission des aus dem Reichswehrministerium wegen zu großer Eigenständigkeit ausgeschiedenen Generals von Reichenau nach China im Sommer 1936⁹⁸, um das Vertragswerk zu ratifizieren und weitere Vereinbarungen zu treffen, bedeutete den Höhepunkt einer vom Auswärtigen Amt und der Reichswehr im Einvernehmen mit dem Reichwirtschaftsministerium unter Schacht gesteuerten Politik einer deutsch-chinesischen Annäherung. Die traditionellen wilhelminischen Eliten fanden ein letztes Mal zu einem stringenten politischen Konzept zusammen, in dem – ganz auf der Linie von Sun Yatsen – China nunmehr als militärisch von deutscher Seite aufgebauter und wirtschaftlich entwickelter Partner fungieren sollte. Alte Vorstellungen eines militärpolitisch abgesicherten eurasischen Blocks zwischen dem Reich und China unter Einbeziehung der Sowjetunion, der gegen das britische Weltreich gerichtet sein, aber auch die japanische „gelbe Gefahr“ in Schranken weisen sollte, lagen den Angeboten zugrunde, die Reichenau in Nanjing unterbreitete: Das Reich wollte die Beraterschaft in den Rang einer offiziellen Militärmission erheben und die Ausbildung des chinesischen Offizierkorps nach deutschen Richtlinien fördern. Ferner werde Deutschland das benötigte technische Material zur Verfügung stellen, um 41 chinesische Divisionen mit modernen Waffen auszurüsten und die gesamte chinesische Marine zu modernisieren. Zur Koordination dieses gewaltigen militärischen Aufbaus sollte in Nanjing ein nationales Kriegsministerium unter deutscher Anleitung eingerichtet werden. Offensichtlich strebte die Reichswehr im Bunde mit den konservativen Kräften in der deutschen Regierungsspitze

einen militärischen Beistandspakt mit China an – ein Vorhaben, das Hitlers seit Ende 1935 gesuchter Annäherung an Japan zuwiderlief.

Hitler, der die Mission Reichenaus aus rüstungswirtschaftlichen Überlegungen gebilligt, wohl aber kaum die politischen Intentionen der Reichswehr gekannt hatte, äußerte nach Reichenaus Rückkehr offen seinen Unmut über diesen unpolitischen, „chinabegeisterten“ General, der ihm sein ganzes Japan-Konzept zu zerstören drohe.⁶⁹ Die Reichswehr mußte – vermutlich auf Geheiß Hitlers – schnell von ihren hochfahrenden politischen Plänen in China Abstand nehmen. An eine Erweiterung des militärpolitischen Einflusses war nach Abschluß des Antikominternpaktes mit Japan (25. November 1936) nicht länger zu denken; von Interesse für die Nationalsozialisten und vor allem für Göring als im Vierjahresplan verantwortlichem Koordinator der Rüstungsanstrengungen waren lediglich die reibungslosen Rohstoffzufuhren aus China.

Der deutsch-chinesische, weitgehend über die Staatsagenturen HARPO auf deutscher und das Waffenbeschaffungsamt auf chinesischer Seite abgewickelte Handelsverkehr erreichte in dem Jahr von der China-Reise Reichenaus bis zum Ausbruch des japanisch-chinesischen Krieges (7. Juli 1937) seinen absoluten Höhepunkt. China wurde zum Hauptabnehmer deutscher Waffenlieferungen (1936 28%, 1937 37%), während das Reich die chinesischen Wolframexporte 1937 mit 72% (resp. 8073 Tonnen) nahezu monopolisierte.⁷⁰ Der chinesische Markt avancierte für Deutschland hinter dem der USA und Brasiliens zum drittwichtigsten außereuropäischen Absatzgebiet; der deutsche Anteil am chinesischen Außenhandel war sprunghaft auf über 17 Prozent angestiegen.⁷¹ Es galt daher nur als eine Frage der Zeit, daß Deutschland die weniger als ein Prozent vor ihm rangierenden USA überrunden und in China die marktbeherrschende Position einnehmen würde.

Von der Belebung des Warenverkehrs hatten nicht allein die Rüstungsfirmen, sondern auch die traditionellen Chinahandelshäuser, die deutsche Elektro- und chemische Industrie sowie eisenverarbeitende Firmen profitiert. Der Otto-Wolff-Konzern zeichnete Kontrakte zum Ausbau des südchinesischen Eisenbahnnetzes und vollendete die noch fehlenden Abschnitte in der durchgehenden Verbindung von Kanton nach Peking bis 1936. Deutsche Firmen lieferten vollständige Fabrikanlagen und entsandten Ingenieure zum Aufbau von Hütten- und Stahlwerken. China war, wie die überraschte britische Konkurrenz Ende 1936 offen einge-

stand, in jeder Hinsicht „wirtschaftlich, politisch und militärisch ein offenes Buch für die Deutschen“.⁷² Doch die Nationalsozialisten hielten in diesem Buch allein noch die Seiten mit den wirtschaftlichen Bilanzen offen, bevor sie auch diese 1938 um des Bündnisses mit Japan willen schließen sollten.

VI. Nationalsozialistische Chinapolitik: Die Wendung zu Japan

Für Hitler und die übrigen nationalsozialistischen Führer hat es in der deutschen Fernostpolitik nie eine offene Option zwischen China und Japan gegeben, wie sie für das Auswärtige Amt zumindest bis 1933 bestand. In Hitlers sozialdarwinistisch abgeleitetem, rassenideologischen Programm genossen die Japaner eindeutige Präferenzen gegenüber den Chinesen. Als eine der wenigen nichtarischen Rassen erhielten die Japaner bereits in „Mein Kampf“ einen kulturtragenden⁷³ Status und somit den zweiten Rang hinter der germanischen, der einzigen kulturschöpferischen Rasse zugewiesen. Hingegen setzte Hitler in dieser seiner Leitschrift zur Erläuterung eines Beispiels, demzufolge nicht-arische Rassenangehörige niemals zu Germanen werden könnten, Neger und Chinesen auf ein und dieselbe Stufe.⁷⁴ Die nationalsozialistische Ideologie und Propaganda war bereits vor dem Machtantritt der Regierung Hitler auf Japan eingeschworen.⁷⁵ Hitler bewunderte die Art und Weise, wie sich Japan in der Mandschurei über Beschlüsse des Völkerbundes hinwegsetzte und skrupellose Expansionspolitik betrieb. Auch der ‚Chefideologe‘ Rosenberg hatte in zahlreichen parteiamtlichen Publikationen auf die Japaner als potentielle Bündnispartner hingewiesen, um das bolschewistische Rußland einzukreisen. Selbst die vermeintlich wissenschaftlich neutrale Disziplin der Geopolitik sprach sich für einen solchen deutsch-japanischen euroasiatischen Block aus, in welchen die Sowjetunion zwangsintegriert werden sollte. Die sogenannten geopolitischen Kraftlinien zielten wie die ideologischen von Berlin auf Tokio und nicht auf Nanjing.

Die von den Nationalsozialisten propagierte Minderstellung der asiatischen Rassen, wenn auch in unterschiedlicher Abstufung, war den diplomatischen Vertretern Chinas und Japans in Berlin so vertraut, daß sie sogleich nach der Machtübernahme Hitlers intervenierten und um eine genaue Definition des Nicht-Arier-Status baten.⁷⁶ Die Japaner, selbst

einem rassistischen Führungsmythos innerhalb der asiatischen Völker verfallen, reagierten weitaus empfindlicher als die Chinesen auf die von den neuen Machthabern auch, z. B. in Heiratsverboten, praktizierte rassistische Diskriminierung. Den Chinesen in Berlin und erst recht der Presse in China selbst waren deutscher Antisemitismus und germanischer Rassenkult kein Thema.⁷⁷ Die Japaner insistierten indes hartnäckig, bis parteiamtliche Instanzen dem Drängen des Außen- und Innenministeriums nachgaben und Nicht-Arier fortan als Juden definiert wurden. Die auf dieser Trennung von Juden und übrigen Nicht-Ariern basierenden Nürnberger Gesetze und für Asiaten in der Regel großzügig gewährte Heiratsdispense beendeten die Minderstellung von Japanern und Chinesen; sie bildeten aus japanischer Sicht sogar die unabdingbare Voraussetzung für das von nationalsozialistischer Seite angestrebte Rapprochement.

Vergebens waren Hitlers Versuche geblieben, in einem Überraschungscoup, der staatsrechtlichen Anerkennung des japanischen Marionettenstaates Mandschukuo, sowohl die ungelöste Rassenproblematik zu überspielen als auch mit einem Schlag die deutsche Außenpolitik auf Japan umzuschwenken. Obwohl der neue und recht „völkisch“ ausgerichtete deutsche Botschafter in Tokio, von Dirksen, Rosenberg und der außenpolitische Experte der Partei, Ribbentrop, zusammen mit dem pro-nationalsozialistischen Industrieführer Thyssen das Vorhaben Hitlers unterstützten, wehrte die geschlossene Front der „Chinalobby“ diesen radikalen Kurswechsel ab. Außenminister Neurath war sich der Unterstützung aller traditionellen Kräfte in der Regierung sicher, als er bündig befand, eine solche Anerkennung stünde außer Frage und würde überdies schon wegen des zu erwartenden Außenhandelsverlustes gar nicht möglich sein.⁷⁸ Noch stand die Front der alten Eliten mit ihrer sinophilen Grundhaltung geschlossen gegen die Nationalsozialisten.

Die reichsdeutschen Staatsangehörigen in China, vor allem die 2000 Deutsche umfassende Kolonie in Shanghai, blieben von der nationalsozialistischen Regierungsübernahme keinesfalls unberührt.⁷⁹ Die straff geführte Shanghaier Auslandsorganisation der NSDAP sorgte durch einen demonstrativen Flaggenwechsel auf dem Konsulat für ein weithin sichtbares Bekenntnis der Deutschen zu ihrem neuen Führer. Die deutschen Staatsbürger vollzogen unter spektakulärem Aufwand alle von den Nationalsozialisten angesetzten Plebiszite nach und begaben sich zu diesem Zweck in Ermangelung exterritorialer Enklaven jeweils auf außer-

halb der Dreimeilenzone stationierte Dampfer. Obwohl die Parteikreise in China offen pro-japanisch auftraten, sahen die GMD-Organen aus Bewunderung für die völkische Geschlossenheit der Deutschen darüber hinweg und pflegten sogar gute Kontakte zu den nationalsozialistischen Organisationen. Die Auslandsorganisation der Partei befand in China über den bei Mischheiraten vom deutschen Ehepartner zu beantragenden Dispens, sorgte zusammen mit den Firmenleitungen der großen China-handelshäuser dafür, daß 1938/39 alle Deutsche jüdischer Abstammung ihre Posten verloren und arbeitete zielgerecht auf eine Ghettoisierung der 14 000 meist aus Deutschland nach Shanghai geflüchteten Juden hin, was die japanische Okkupationsmacht auch während des Pazifischen Krieges mit Rücksicht auf den deutschen Verbündeten tun sollte.³⁰ Die große Hochachtung der Chinesen vor der deutschen Kultur und die offenen Sympathien, die Hitler-Deutschland entgegenschlugen, ließen eine kritische Bewertung nationalsozialistischer Umtriebe in China nicht zu.

Da sich die von Hitler programmatisch gesuchte Allianz mit Japan nicht über die traditionell chinafreundlichen Eliten abwickeln ließ, betrieb sein engster außenpolitischer Ratgeber Ribbentrop ab Januar 1935 Sondierungen, zunächst erfolglos, bei der japanischen Marine und ab Herbst umso erfolgreicher beim Heer für ein gegen den Kommunismus gerichtetes deutsch-japanisches Vertragswerk. Über die seit Oktober 1935 angelaufenen Verhandlungen mit japanischen Militärvertretern zerbrach die geschlossene Front der konservativ-imperialistischen deutschen Regierungskreise. Canaris als Sprecher der Marine und der Abwehr stimmte dem Verhalten zu; auch Kriegsminister Blomberg erhob keine gravierenden Einwände und wollte lediglich das Verhältnis zu China nicht berührt wissen.³¹

Die Reichswehrführung überschätzte ihre Einflußmöglichkeiten bei einer von ihr angestrebten Vermittlung zwischen Japan und China, um letzteres in diese antikommunistische Allianz einzugliedern und die deutschen wirtschaftlichen Präferenzen abzusichern. Wer diese – ursprünglich von Hitler selbst begrüßte – Vermittlungsaktion hintertrieb, ob Botschafter Dirksen in Tokio sich mit seinen Vorbehalten durchsetzte, oder ob das japanische Militär vor einem ernsthaften Ausgleich zwischen beiden Ländern doch zurückschreckte – dies alles läßt sich nicht mit vollständiger Sicherheit klären. Jedenfalls dürften die Chinesen enttäuscht gewesen sein, als Ribbentrop auf Geheiß Hitlers alle weiteren

deutschen Vermittlungsbemühungen zwischen China und Japan am 7. Dezember 1935 untersagte. Zehn Tage zuvor hatte der ‚Führer‘ den Vorentwurf eines bilateralen deutsch-japanischen Abkommens gebilligt. Die nationalsozialistische Führung konnte mit diesen beiden Schritten völlig unbemerkt von der Öffentlichkeit Ende 1935 die seit 1933 anvisierte Wende in der deutschen Fernostpolitik einleiten, nachdem die ursprünglich geschlossene China-Front der alten Machteliten ins Wanken geraten war.⁸²

Die deutschen Militärberater empfanden die Zweigleisigkeit der Hitlerschen Ostasienpolitik, wie sie mit dem Abschluß des Antikominternvertrages (26. November 1936) endlich offenkundig wurde, als zunehmende Belastung ihrer Arbeit. Unter dem neuen Missionschef Falkenhausen (seit 19. Dezember 1935)⁸³ bildeten die deutschen Offiziere ein chinesisches Heer aus, das unter den damals gegebenen politischen Verhältnissen eines Tages nur gegen Japan, den neuen deutschen Verbündeten, marschieren konnte. Die praktische Schulung ganzer Verbände durch deutsche attachierte Berater, die Umrüstung einiger Divisionen auf deutsches Gerät und ihre Ausbildung entsprechend deutschen Vorschriften sowie die Schulungskurse für Offiziere aller Waffengattungen in den entsprechenden, von deutschen Experten geleiteten Lehrbrigaden dokumentierten den dominanten deutschen Einfluß im chinesischen Militärwesen. Von 1932 bis zum Ausbruch des Krieges gegen Japan kamen an der Nanjinger „Zentralen Militärakademie“ etwa 15 000 Generalstabsoffiziere mit deutschen Lehrern und deutschem strategischen Wissen in Berührung, Offiziere und Unteroffiziere hinzugerechnet, die kurzfristige Schulungskurse in den Lehrbrigaden absolvierten, dürften etwa 90 000 chinesische militärische Führer eine deutsche Schulung erfahren haben.⁸⁴ Die deutsche Ausbildung der chinesischen Armee sowie die strategischen Planstudien Falkenhausens für die Abwehr einer japanischen Invasion stärkten die Kampfkraft der National-Revolutionären-Armee der GMD beträchtlich. In den Kämpfen gegen die Japaner um Shanghai, die sich Ende 1937 nahezu drei Monate hinzogen, demonstrierten deutsch ausgebildete und mit deutschen Waffen ausgerüstete Verbände die chinesische Entschlossenheit, einen Aggressor aufzuhalten.⁸⁵ Dieses Fanal zum Widerstand, das China hinter der Guomindang Jiang Kaisheks erneut einigte, war weitgehend dem langjährigen Wirken der Beraterschaft zuzuschreiben.

Der Ausbruch des Krieges zwang das Reich wie die übrigen in Ostasien engagierten Großmächte zur Parteinahme.³⁶ Deren Ausgang stand zwar von Anfang an fest, aber mit Rücksicht auf den der deutschen Aufrüstung so dienlichen und überdies lukrativen Chinahandel zögerte auch Hitler die endgültige Entscheidung hinaus. Japanische Proteste wegen der Beteiligung deutscher Berater an den chinesischen Defensivplanungen wurden in Berlin mit der Bemerkung zurückgewiesen, daß auch in Tokio deutsche Offiziere an der Seite Jiang Kaisheks willkommen sein müßten als sowjetische. Auch japanische Beteuerungen, in China ganz im Geiste des Antikominternpaktes die kommunistische Weltgefahr zu bekämpfen, fanden in der deutschen Regierung keinen Glauben, die – ganz im Gegenteil – ein zukünftiges Wiedererstarken der kommunistischen Bewegung als Folge der japanischen Aggression voraussah. Die gelenkte deutsche Presse wurde zwar zu einer projapanischen Berichterstattung verpflichtet und griff die Propagandaparolen der Japaner auf, die Verschiffungen großer Mengen von deutschem Kriegsmaterial für China gingen aber unbehelligt weiter. Der pro-chinesische Flügel, die traditionellen Eliten, standen den auf eine radikale Kursänderung der Asienpolitik drängenden Parteiinstanzen innerhalb der Regierungsspitze noch immer als ein einflußreicher Machtblock gegenüber. Als Italien, von den Japanern heftig umworben, sich den Wünschen Tokios fügte, die Mandschurei anerkannte und seine Luftwaffenmission abzog³⁷, drängte Hitler auf eine ähnliche Entscheidung. Göring ordnete daraufhin einen Lieferstop für Kriegsmaterial an und unterstellte die bislang von der Reichswehr kontrollierte staatliche Abwicklungsbehörde, die HAPRO, dem Vierjahresplan. Der daraufhin einsetzende Machtkampf konnte letztmals im Sinne der konservativen Kräfte entschieden werden. Kriegsminister Blomberg verfügte eine Aufhebung der Liefersperre und beendete die interne Diskussion über die Abberufung der Militärberater.

Die gemäßigten, auf einen friedlichen Revisionismus vertrauenden Politiker und Militärs konnten sich ihres Sieges nicht lange freuen, da Hitler am 5. November 1937 erstmals seine Karten auf den Tisch legte³⁸ und einen Blitzkrieg befürwortete, um die territorialen Nahziele in Europa zu erreichen. Mit einem solchen Kriegsprogramm war die Beibehaltung der deutschen Machtposition in China nicht zu vereinbaren, da das Reich für seine Gewaltpolitik einen ebenso rücksichtslos verfahrenenden Partner, nämlich Japan, benötigte, um die Westmächte vor einer

Intervention zurückschrecken zu lassen. Nur wenn es über eine Vermittlungsaktion gelingen sollte, China dieser von Berlin angestrebten Militärallianz mit Japan zu verpflichten, bestand Hoffnung, die deutsche wirtschaftliche Vorzugsstellung im Reich der Mitte weiterhin zu wahren.

Da die japanische Regierung, vor allem der Tokioter Generalstab, vorsichtiges Interesse an einer deutschen Vermittlung hatte verlauten lassen und die Chinesen angesichts der militärischen Niederlagen einem solchen deutschen Eingreifen nicht abgeneigt schienen, waren die Ausgangsbedingungen relativ günstig. Deutschland verfügte in beiden kriegführenden Lagern über großes politisches Gewicht und schien daher für eine Mediation besser geeignet zu sein als etwa die Westmächte. Doch in der seit Ende Oktober 1937 angelaufenen Vermittlungsaktion⁹ offenbarte sich der Machtverlust der traditionellen Diplomatie und der Militärs. Übervorsichtig betonte die „Wilhelmstraße“ die Rolle des ‚Briefträgers‘; Außenminister Neurath schreckte davor zurück, Hitler einen Friedensappell anzutragen. Auch wagten es die deutschen Militärs nicht, die Wünsche des japanischen Generalstabes aufzugreifen und über Falkenhäusen direkt – ohne die Diplomaten einzuschalten – Friedensgespräche mit Jiang Kaishek einzuleiten. Ribbentrop sprach sich zudem in seiner grundlegenden Denkschrift „Notiz für den Führer“ (2. Januar 1938) eindeutig für ein antibritisches Bündnis mit Japan aus und dürfte Hitler von einem politischen Hervortreten als Mittler zurückgehalten haben. Das Vorhaben scheiterte schließlich an überzogenen japanischen Bedingungen, die von deutscher Seite nicht korrigiert wurden. Mit dem offiziellen Ende der Vermittlung und der japanischen Regierungserklärung, fortan mit Jiang Kaishek nicht mehr verhandeln zu wollen (16. Januar 1938), stand die deutsche Chinapolitik endgültig zur Revision an.

Die Entlassung Schachts Ende November 1937 und das große Revirement an der Spitze des Auswärtigen Amtes und des Militärs vom 4. Februar 1938, als Neurath, Kriegsminister Blomberg und der Oberbefehlshaber des Heeres Fritsch gleichzeitig entlassen wurden, markierten den Übergang von einer gemäßigten zur kriegesischen Expansionspolitik des Reiches. Diese vollständige Entmachtung der einstigen konservativen Steigbügelhalter Hitlers stellte die unumgängliche Voraussetzung für einen radikalen Kurswechsel in der deutschen Fernostpolitik dar. Das neu geschaffene Oberkommando der Wehrmacht stellte sogleich die Rückberufung der Militärberater anheim¹⁰, und Hitler kündigte in einer öffentli-

chen Reichstagsrede (20. Februar 1938), in der er den antikommunistischen Feldzug der Japaner pries, die staatsrechtliche Anerkennung Manzhouguos an. Die Abberufung der deutschen Militärexperten⁹¹ koppelte der neue Außenminister Ribbentrop an seine antibritische Einschüchterungsstrategie. In der von deutscher Seite im Frühjahr 1938 eskalierten Krise um die Sudetenlande stellten die Berater für den nationalsozialistischen Minister ein politisches Faustpfand dar, dessen bedingungslose Aufgabe ihm den Weg zu einem Militärabkommen mit Japan ebnen sollte. Nach einem Ultimatum an die chinesische Regierung, die sich dem Abzug der dringender denn je zuvor benötigten Militärexperten entgegenstimmte, und der Rückberufung des deutschen Botschafters Trautmann verließ die Mission am 5. Juli 1938 unter der Leitung von Falkenhausen China. Die Japaner honorierten diese freiwillige Aufgabe der deutschen Vorzugsstellung in China weder handelspolitisch, indem sie etwa in den von ihnen besetzten Gebieten Chinas dem deutschen Handel Vorrechte einräumten, noch bündnispolitisch, indem sie sich einer Allianz mit dem Reich zuwandten.

Wegen dieses Rückschlags der Ribbentropschen Weltpolitik erhielt die traditionelle „China-Lobby“ bereits Ende 1938 wieder Auftrieb. Trotz eines offiziellen Verbotes für Kriegsmateriallieferungen an China vom Mai 1938 gelangten weiterhin deutsche Waffen in beträchtlichen Mengen in die Hände der chinesischen Armee. Der Vertrieb wurde auf Schleichwegen über Hongkong oder Französisch-Indochina abgewickelt. Zwar fiel der deutsch-chinesische Handel nach dem Kriegsausbruch in Ostasien um 30 Prozent, aber noch immer gelangten große Mengen an Wolfram, 1938 8900 Tonnen und 1939 immerhin noch 3900 Tonnen⁹², an die deutsche Rüstungsindustrie. Die HAPRO, nunmehr dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt, wurde zu einer Finanzierungs- und Überwachungsgesellschaft umorganisiert, um die China-Handelshäuser zu Geschäfts- und Warenringen zusammenzufassen und damit endlich eine vollständige Nationalisierung des Warenverkehrs zu erreichen. Sogar ein erneutes Tauschabkommen, Rohstoffe gegen deutsche Industrielieferungen, wurde noch im März 1939 geschlossen⁹³, als die nach Chongqing ausgewichene chinesische Regierung nur noch über den indochinesischen Landweg mit dem Ausland in Verbindung stand.

Das politische Klima zwischen beiden Ländern verbesserte sich nochmals kurzfristig nach dem deutschen Sieg über Frankreich, als die chinesi-

sche Regierung durch Sondergesandte erneut ihren Wunsch nach verbesserten Beziehungen bei der vermeintlichen Siegermacht Deutschland bekundete und in Berlin um eine Vermittlung im Krieg mit Japan nachsuchte. Die Reichsregierung entzog sich diesem Wunsch wohl in der sicheren Erwartung eines britischen Friedensangebotes, das die gesamt-politische Lage entscheidend verändert und die mit Japan endlich angelau-fenen Bündnisverhandlungen erübrigt hätte. Erst nach Abschluß des Dreimächtepaktes (26. September 1940) wagte Berlin auf eine japanische Aufforderung hin einen Vermittlungsvorstoß, um China, wie einst beim Antikominternpakt geplant, in die Allianz mit Japan zu integrieren.⁹⁴ Nunmehr war indes die Chongqing-Regierung an einer deutschen Media-tion nicht länger interessiert, da die USA sich infolge des Dreimächtepak-tes zur demonstrativen Unterstützung Chinas bereitgefunden hatten. Die Fronten waren Ende 1940 auch im Fernen Osten eindeutig geschieden und China als Objekt japanischer Aggression wie deutscher globaler Revisionspolitik in das westliche Lager gedrängt worden. Als Berlin schließlich die Nanjinger Gegenregierung Wang Jingwei diplomatisch anerkannte (1. Juli 1941), um Japan mit diesem Entgegenkommen zur gemeinsamen Kriegführung gegen die Sowjetunion zu gewinnen, brach die Guomindang-Führung die diplomatischen Beziehungen zum Reich ab und erklärte nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour dem über ein Jahrzehnt vergebens als Partner umworbenen Deutschland am 9. Dezember 1941 den Krieg.

Resumee: Verfehlte chinesische Modernisierung und gescheiterte deut-sche Weltmachtspolitik

Die Bilanz des zehnjährigen, dominanten deutschen Einflusses in China schließt mit einem negativen Saldo. Sie wurde bedingt durch ein falsch angelegtes Konzept zur Modernisierung Chinas und durch eine ebenso fehlgeleitete, unrealistische großdeutsche Revisionspolitik. Beides ergänzte einander in einer für China wie für das Deutsche Reich fatalen Weise. Der verlustreiche, über zwanzig Jahre – mit geringfügigen Unterbrechungen der Jahre 1937–1940 – anhaltende Bürgerkrieg zwischen den Kommunisten und der Guomindang, der Chinas Existenz als Volk und Staat gefährdende rücksichtslose japanische Vernichtungsfeldzug und

nicht zuletzt die im Zweiten Weltkrieg kulminierende deutsche Katastrophe – diese totalen kriegerischen Entwicklungen sind wohl nicht der deutschen Beraterschaft anzulasten, doch die ehemaligen deutschen Offiziere leisteten wie die Fernostpolitik der nationalsozialistischen Regierung diesen Verhängnissen Vorschub.

Positiv zu werten sind sicherlich die unermüdlichen und altruistischen Bemühungen vieler Einzelpersonen, ob deutsche Offiziere – wie Falkenhausen – oder GMD-Politiker – wie Zhu Jiahua – ein partnerschaftliches, friedliches deutsch-chinesisches Verhältnis zum Nutzen beider Länder zu etablieren. Daß die ideologischen Prämissen einer deutsch bestimmten Aufbauarbeit in China nicht stimmten und deutsche Berater die langfristigen Zielsetzungen der Berliner Politik nicht verstanden, kann ihnen nicht persönlich angelastet werden. Viele der Chinadeutschen und die politisch reflektierteren Berater gerieten durch den von nationalsozialistischer Seite vollzogenen radikalen Bruch in der deutschen Chinapolitik in eine kritische Distanz zum „Dritten Reich“ und seinem Führer. Manche, wie etwa Falkenhausen, suchten sogar Kontakte zu Widerstandskreisen.⁹⁶ Auch kann die deutsche Aufbauarbeit im rüstungswirtschaftlichen wie allgemein im technisch-industriellen Bereich nicht allein negativ unter dem Aspekt gesehen werden, die Herrschaft der GMD stabilisiert zu haben. Die mit Hilfe der deutschen Industrie angelegten und nach Kriegsausbruch in das Landesinnere verlagerten Arsenalen ermöglichten den GMD-Verbänden und indirekt auch den kommunistischen Truppen erst einen erfolgreichen, sich über acht Jahre hinziehenden Verteidigungskrieg gegen die japanischen Aggressoren. Von Deutschen in China selbst vermitteltes technisches Wissen oder Studienerfahrungen, die in Deutschland ausgebildete chinesische Studenten, zu denen auch viele der kommunistischen Führer (u. a. Zhu De, Wang Bingnan und Zhou Enlai)⁹⁷ zählten, in ihre Heimat zurückbrachten, ließen sich nicht durch die Kriegereignisse ausmerzen, sondern kamen langfristig dem Aufbau Chinas zugute.

Diese positiven Lichtblicke vermögen indes ein alles in allem düsteres Bild nur punktuell aufzuhellen. Die deutschen Berater, von Bauer bis Falkenhausen, und die deutsche Industrie bestärkten die Guomindang-Führung in einem zum Fehlschlag verurteilten Erneuerungsprogramm, das in seinen wesentlichen Merkmalen auf Sun Yatsen zurückgeht. Die synkretistischen Lehrmeinungen Sun Yatsens versuchten in Anlehnung

an das japanische, vermeintlich geglückte Entwicklungsmodell traditionelle chinesische Normen und Institutionen mit westlichen zu verschmelzen und führten zu einem grundsätzlichen gesellschaftlichen Widerspruch. Zum einen sollte das Individuum sich in eine – im Gegensatz zum japanischen Kaisertum – völlig abstrakte, konfuzianistisch geprägte Staatsordnung einfügen, zum anderen verlangte der wirtschaftlich-militärische Aufbau den persönlichen Einsatz und die Übernahme individueller Verantwortung.

Die alten Eliten aus Militär, landbesitzender Oberschicht und städtischer Bourgeoisie, die nach dem Bruch der GMD mit den Kommunisten die maßgeblichen Führungskräfte stellten, beharrten jedoch auf dem gesellschaftspolitischen Status quo. Zu administrativen Innovationen oder sozialen Reformen, ja in der Regel zu Initiativen überhaupt, zeigten sich die von der Masse des Volkes abgehobenen alten Kräfte außerstande. Fachliches Unvermögen, Lethargie und eine unbeschreibliche Korruption zeichneten die meisten der GMD-Generäle und Politiker aus.⁹ Die Agrarfrage⁹⁹, schon von Sun in ihrem Stellenwert nicht richtig erkannt und politisch nicht gelöst, wurde zum Prüfstein eines offiziell auf Reformen angelegten, in Wirklichkeit jedoch der Restauration dienenden GMD-Programms.

Die westliche von Sun Yatsen erwünschte industrielle Entwicklungshilfe öffnete dem Ausland Tür und Tor in China und lenkte den Modernisierungsprozeß einseitig in den schwerindustriell-rüstungswirtschaftlichen Bereich. Die ökonomische und militärische Basis, auf der diese Herrschaft einer kleinen Führungsschicht beruhte, schufen ausländische Ratgeber und Investitionshilfen, anfangs Russen, dann über zehn Jahre lang Deutsche, erneut Russen und schließlich im Zweiten Weltkrieg die Amerikaner. Sie alle stützten ein fremdbestimmtes Modernisierungsprogramm entsprechend den machtpolitisch-ideologischen Vorstellungen ihrer Heimatregierungen und degradierten China damit zum Objekt.

Die deutschen Berater hatten den größten Anteil an dieser Fehlentwicklung. Affinitäten des gesellschaftspolitischen Sonderweges beider Länder, kulturelle Berührungspunkte, die deutsche politische Sonderstellung in Ostasien, das gemeinsame Bekenntnis zu einer antidemokratischen staatlichen Ordnungsform nährten bei Deutschen wie Chinesen Illusionen einer Wahlverwandtschaft. Die Deutschen wurden zu Helfershelfern einer gescheiterten Revolution und stützten wie keine andere

Ratgebergruppe die persönliche Herrschaft Jiang Kaisheks. Das Überleben der Guomindang in den Bürgerkriegen wie in der Defensive gegen die Japaner war weitgehend ihr Werk. Der starke deutsche Einfluß im damaligen China konnte den Fehlschlag eines untauglichen Modernisierungskonzeptes nicht verhindern, wohl aber aufhalten. Die politische Fehlentwicklung des Deutschen Reiches vermochten die deutschen Berater in China indes nicht einmal aufzuhalten. Die auf falschen Voraussetzungen begründete deutsch-chinesische Symbiose scheiterte ebenso wie die auf ähnlich falschen Annahmen basierende nationalsozialistische Eroberungspolitik.

Anmerkungen

- x Den folgenden Ausführungen liegt im wesentlichen das vom Verf. besorgte Sammelwerk Bernd Martin (Hrsg.): Die deutsche Beraterschaft in China 1927–1938. Militär – Wirtschaft – Außenpolitik. Düsseldorf (Droste-Verlag) 1981, (zit.: Martin) zugrunde, an dem 15 Fachwissenschaftler beteiligt waren. Die Fußnoten verweisen daher häufig auf die entsprechenden Beiträge dieser Anthologie, wo weiterführende Quellen- und Literaturangaben zu finden sind. Hier werden nur ergänzende Belege geliefert und exakte Angaben aus dem Text belegt.
- 1. Nach der offiziellen chinesischen Seezollstatistik, die nach Verschiffungshäfen das Exportland klassifizierte und folglich auch durch das Reich geführte Transitleistungen als deutschen Ursprungs deklarierte. Andererseits erfaßte die Seezollstatistik nicht die über den Landweg, die Transsibirische Bahn, nach China aus Deutschland gelangten Waren. Deutsche Kaufleute schätzten daher die tatsächlichen deutschen Lieferungen – trotz der mitgezählten Transitwaren – höher ein als in der Statistik angegeben, so daß Deutschland womöglich 1937 den ersten Platz innehatte. Zahlen für das erste Halbjahr 1936: DR 17,25%, USA 17,99% bei: Beverley Douglas Causey: German Policy Towards China, 1918–1941. Unpublished Dissertation, Harvard University Cambridge, Mass. 1942 – noch immer ein grundlegendes Werk.
- 2. Sun Yatsen: Die Grundlehren aus dem Volkstum. Berlin 1927; Gottfried-Karl Kindermann (Hrsg.): Konfuzianismus, Sunyatsenismus und chinesischer Kommunismus. Dokumente zur Begründung und Selbstdarstellung des chinesischen Nationalismus. Freiburg im Breisgau 1963.
- 3. Zur militärisch-rüstungswirtschaftlichen deutschen „Entwicklungshilfe“ für China neuerdings die Überblicksdarstellung von Udo Ratenhof: Wirt-

- schaft, Rüstung und Militär in der Chinapolitik des Deutschen Reiches 1871 bis 1945. Phil. Diss. Freiburg im Breisgau 1984.
4. John E. Schrecker: *Imperialism and Chinese Nationalism. Germany in Shantung*. Harvard Univ. Press 1971.
 5. Causey (Anm. 1) S. 58.
 6. Ebenda, S. 10f.
 7. Uwe G. Fabritzek: *Gelber Drache, Schwarzer Adler*. Gütersloh 1973, S. 139. Reichsgesetzblatt 1921, Teil II.
 8. Causey (Anm. 1), S. 43: Deutsche Zahlung in Höhe von 4 Millionen US-Dollar.
 9. Kindermann (Anm. 2), S. 130–135, deutsche Übersetzung.
 10. Neuesten Forschungsstand bei Ratenhof (Anm. 3); ferner Karl Mehner: *Weimar – Kanton. Ein Beitrag zur Geschichte der deutsch-chinesischen Beziehungen in den Jahren 1921–1924*. In: „Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig“ 8 (1958/9) S. 23–44 und Josef Fass: *Sun Yatsen and Germany in 1921–1924*. In: „Papers of the XIX International Congress of Chinese Studies“. Bochum 1968, S. 137–153.
 11. Text bei Xenia J. Eudin and Robert C. North (Eds.): *Soviet Russia and the East, 1920–27. A Documentary Survey*. Stanford Univ. Press 1957, S. 141.
 12. Siehe die Briefe von Sun an Deng Jiayan nach Berlin vom 18. Aug. 1923 (bei Kindermann S. 136–8) und vom 26. Nov. 1923 (bei Fass S. 149f.). Siehe auch Zhu Hezhongs Ausführungen im Januar 1924 gegenüber dem deutschen Konsul, die deutsche Schwerindustrie nach einer kommunistischen Machtübernahme im Reich nach China zu verlagern (Liang Hsi-huey: *Die Chinesen in Berlin, 1920–46*. In: *Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert*. Hrsg. von Joachim Hütterer u. a., Köln 1975, S. 225).
 13. Dieter Heinzig: *Sowjetische Militärberater bei der Guomindang 1923–1927*. Baden-Baden 1978.
 14. Causey S. 122 bzw. S. 58f.
 15. Zu den Auseinandersetzungen Guomindang-Kommunisten siehe Kuo Heng-yü: *Die Komintern und die chinesische Revolution. Die Einheitsfront zwischen der KP Chinas und der Kuomintang 1924–1927*. Paderborn 1979.
 16. Günter Kleinknecht: *Die kommunistische Taktik in China, 1921–1927. Die Komintern, die koloniale Frage und die Politik der KPCh*. Köln 1980, S. 256: Waren 1927 von etwa 50 000 Mitgliedern der KPCh immerhin 53% Arbeiter, so sank deren Anteil nach einem Mitgliederschwind 1929 auf 10 000 auf 2%.
 17. Vgl. die auf unveröffentlichten Aufzeichnungen basierende Darstellung von Neumanns Frau: Margarete Buber-Neumann: *Von Potsdam nach Moskau. Stationen eines Irrweges*. Stuttgart 1957, S. 174–193.
 18. Adolf Vogt: *Oberst Max Bauer (1928–1929)*. In: Martin, S. 95–105.
 19. Jürgen Domes: *Vertragte Revolution. Die Politik der Kuomintang in China, 1923–37*. Berlin 1969, S. 279, zu den Richtungskämpfen innerhalb der Kantonner GMD S. 286f.

20. Trotzki wurde am 14. Nov. 1927 aus der Partei ausgeschlossen, was der ab 2. Dezember 1927 tagende Parteitag bestätigte (Leonard Shapiro: Die Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Hamburg 1962, S. 327f.).
21. Martin, S. 27f. und 310ff.
22. Ebenda S. 356–8: Abdruck von Bauers Denkschrift Nr. 1.
23. Ebenda S. 359–62: Denkschrift Bauers vom 14. Dez. 1928.
24. Fabritzek, S. 117.
25. Siehe den „Beschuß über die Frage der Roten Armee“, deutsche Übersetzung bei Hektor Meyer: Die Entwicklung der kommunistischen Streitkräfte in China von 1927 bis 1949. Dokumente und Kommentar. Berlin 1982, S. 134–141.
26. Otto Braun: Chinesische Aufzeichnungen. Berlin (Ost) 1975.
27. Martin, S. 28f. und S. 45f.
28. Jerry Bernard Seps: German Military Advisers and Jiang Kaishek, 1927–1938. Unpublished Dissertation, University of California, Berkeley 1972, S. 204ff.
29. Zum folgenden Walter Sommer: Zur Rolle deutscher Berater in den Einkreisungs- und Vernichtungsfeldzügen gegen die südchinesische Sowjetrepublik 1930–34. In: „Zeitschrift für Politik“ 18 (1971) S. 269–304; William Wei: The Role of the German Advisers in the Suppression of the Central Soviet: Myth and Reality. In: Martin (Anm. x) S. 175–186.
30. Meyer, S. 209ff. Denkschrift von Otto Braun: Akute Fragen des revolutionären Krieges. In: Braun (Anm. 26) S. 368–372.
31. Meyer, S. 248–270. Vgl. dazu die apologetische Darstellung von Braun (Anm. 26) S. 131ff.
32. Seps, S. 260ff.
33. Braun, S. 371.
34. Edgar Snow: Red Star Over China. Revised and Enlarged Edition. Harmondsworth 1972, S. 489.
35. Gunter S. Mende: The Image of China in Germany, 1919–1939. Unpublished Dissertation. Univ. of California, Irvine 1975.
36. Bernd Martin: Japan – Zur Rezeption und wechselseitigen Beeinflussung von Herrschaftspraktiken und Weltmachtbestrebungen. In: Erhard Forndran u. a. (Hrsg.): Innen- und Außenpolitik unter nationalsozialistischer Bedrohung. Opladen 1977, S. 87–109.
37. Causey, S. 135ff.
38. Martin, S. 42f.
39. Ratenhof.
40. Gabriele Herre: Das Deutsche Reich und die Mandschureikrise 1931–1933. Die deutsche Fernostpolitik als Spiegel und Instrument deutscher Revisionspolitik. Phil. Diss. Freiburg im Breisgau 1983. S. 20ff.
41. Seps, S. 257.
42. Dazu und zum folgenden Herre.

43. Gabriele Herre: Mandschureikrise – Reichsregierung – Beraterschaft. In: Martin, S. 236–48.
44. Hu Chang-tze: Deutsche Ideologie und politische Kultur Chinas. Bochum 1983, S. 51. Das folgende basiert im wesentlichen auf dieser hervorragenden Studie.
45. Causey, S. 68.
46. Fabritzek, S. 154–8; Kurt Düwell: Deutschlands auswärtige Kulturpolitik 1918–1932. Köln 1976, S. 160–9.
47. Lee Kuo-chi: Kultureinfluß Deutschlands auf China im 20. Jahrhundert. In: Hütter, S. 215–220.
48. Ebenda S. 219: Statistik von 1959 mit insgesamt 1359 übersetzten Titeln.
49. Hu, S. 97. Allgemein Arif Dirlik: The Ideological Foundations of the New Life Movement. A Study in Counterrevolution. In: Journal of Asian Studies“ 34 (1975) S. 945–980.
50. Hu, S. 89.
51. Ebenda S. 31 ff.; Chou Min-chih: The Debate on Science and the Philosophy of Life in 1923. In: Bulletin of the Institute of Modern History, Academia Sinica (Taiwan) 8 (1978) S. 557–580.
52. Domes, S. 479.
53. Hu, S. 48–87. Ernst Neugebauer: Anfänge pädagogischer Entwicklungshilfe unter dem Völkerbund in China 1931–35. Hamburg 1971. Erich Wende: C.-H. Becker, Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik. Stuttgart 1959.
54. Carl Heinrich Becker, M./Falski, P./Langevin, Richard Tawney: The Reorganization of Education in China. Paris 1932.
55. „The Reform of Chinese Education 1932“ (Hu S. 76).
56. Hu, S. 81.
57. Seps, S. 108ff.
58. Bericht der China-Studienkommission des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Berlin 1930.
59. Niederschrift über die Sitzung des China-Ausschusses am 28. Nov. 1930. In: Martin, S. 368–375.
60. Ebenda S. 375–78: Protokoll der Gründungsversammlung vom 27. Jan. 1931.
61. Hans Meier-Welcker: Generaloberst Hans von Seeckt (1934–1935); John P. Fox: The Klein-Projects in China: Arms, Economics and Foreign Policy in the Third Reich. Beide in Martin, S. 116–34 und S. 216–235.
62. Vollständiger Abdruck bei Martin, S. 383–94.
63. Bernd Martin: Das deutsche Militär und die Wendung der deutschen Fernostpolitik von China auf Japan. In: Franz Knipping und Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): Macht und Machtbewußtsein in Deutschland am Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Paderborn 1984.
64. Abdruck bei Martin, S. 410–16.
65. Zum folgenden Martin, Das deutsche Militär.

66. Ebenda.
67. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie C, Band V, Dokument Nr. 270.
68. John P. Fox: *Germany and the Far Eastern Crisis 1931–1938. A Study in Diplomacy and Ideology*. Oxford Univ. Press 1982, S. 135ff. Interviews des Verf. mit Robert Chi Tsun am 10. Nov. 1979 in Luzern und Kuan Te-mau am 31. Jan. 1977 in Taichung/Taiwan. Beide waren als Sekretäre und Übersetzer der Reichenau-Mission attachiert.
69. Gerhard Engel: *Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Majors Engel*. Stuttgart 1974, S. 40f und 107.
70. William Kirby: *Developmental Aid or Neo-Imperialism? German Industry in China, 1927–1937*. In: Martin, S. 201–15, hier S. 208.
71. Vgl. Anm. 1.
72. Causey, S. 285.
73. Adolf Hitler: *Mein Kampf*. München, 317.–321. Auflage 1938, S. 318f.
74. Ebenda S. 428.
75. Martin, Japan.
76. Fox, S. 77f., 83ff.; Liang Hsi-huey: *The Sino-German Connection: Alexander von Falkenhausen Between China and Germany, 1900–1941*. Assen 1978. S. 70ff.
77. William Kirby: *Images and Realities of Chinese Fascism*. Manuskript 1982, S. 23ff.
78. Fox, S. 38; Bernd Martin: *Die deutsch-japanischen Beziehungen während des Dritten Reiches*. In: Karl-Dietrich Bracher u. a. (Hrsg.) *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*. Düsseldorf 1984, S. 370–389, hier S. 373f.
79. Causey, S. 214ff.: Der deutsche Konsul in Shanghai Behrend wurde 1934 durch den „alten Kämpfer“ Kriebel (1929/30 Chef ad interim der Berater-schaft) abgelöst. Donald M. McKale: *The Nazi Party in the Far East, 1931–1945*. In: „*Journal of Contemporary History*“ 12 (1977) S. 291–311. (Etwa 14% der Chinadeutschen wurden Mitglieder der NSDAP).
80. David Kranzler: *Japanese, Nazis and Jews. The Jewish Refugee Committee of Shanghai 1938–1945*. New York 1976.
81. Martin, *Die deutsch-japanischen Beziehungen*, S. 377ff.
82. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie C, Band IV, Dokumente Nr. 416, 433 und 451.
83. Siehe die Monographie von Liang, *The Sino-German Connection*.
84. Frederik Fu Liu: *A Military History of Modern China, 1924–1929*. Princeton 1956, S. 147.
85. Jahresbericht 1936 des Generalberaters für Jiang Kaishek und Kurze Beurteilung der Lage vom 15. Dez. 1937 bei Martin S. 433–450.
86. Zum folgenden Martin, *Das deutsche Militär*.
87. Fox, S. 269f.; Giorgio Borsa: *Tentativi di Penetrazione dell' Italia Fascista in Cina: 1932–1937*. In: „*Il Politico*“ 3 (1979) S. 381–419.

88. Walter Busmann: Zur Entstehung und Überlieferung der „Hoßbach-Niederschrift“. In: „Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte“ 16 (1968) S. 373–384.
89. Fox, S. 260ff.; Nieh Yu-hsi: Die Entwicklung des chinesisch-japanischen Konfliktes in Nordchina und die deutschen Vermittlungsbemühungen. Hamburg 1970; Joachim Peck: Kolonialismus ohne Kolonien. Der deutsche Imperialismus und China 1937. Berlin (Ost) 1961. Auf der Grundlage japanischer Quellen; Gerhard Krebs: Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Phil. Diss. Freiburg im Breisgau 1982.
90. Schreiben des OKW an das Auswärtige Amt vom 12. Februar 1938 bei Martin, S. 451; ferner Hartmut Bloß: Die Abberufung der Beraterschaft (April–Juli 1938). In: Ebenda S. 249–271.
91. Martin, Das deutsche Militär.
92. Ratenhof.
93. Ebenda.
94. Kuan Te-mau, Robert Chi und der neu ernannte chinesische Militärattaché General Kuei Yung-ch'ing (zuvor Kommandeur der Lehrbrigade) wurden im April 1940 nach Berlin entsandt (Interviews des Verf. mit Kuan Te-mau am 31. Jan. und 18. März 1977 in Taichung/Taiwan).
95. Bernd Martin: Friedensinitiativen und Machtpolitik im Zweiten Weltkrieg. Düsseldorf 1976, S. 407–424.
96. Liang Hsi-huey: General Alexander von Falkenhausen. In: Martin, S. 135–146. S. auch den Nachlaß Falkenhausen im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg im Breisgau.
97. Liang, Die Chinesen in Berlin, sowie die Erinnerungen von Anna Wang: Ich kämpfte für Mao. Eine deutsche Frau erlebt die chinesische Revolution. Hamburg 1964.
98. Siehe dazu das Kapitel „Social Traits and Political Behaviour in Guomindang China“ bei Lloyd Eastman: The Abortive Revolution. China under Nationalist Rule 1927–1937. Harvard University Press 1974, S. 283–315.
99. Joachim Durau: Die Krise der chinesischen Agrarökonomie. In: Richard Lorenz: Umwälzung einer Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte der chinesischen Revolution (1911–1949). Frankfurt a. M. 1977, S. 94–193 sowie einen vergleichenden Überblick zur Landwirtschaftspolitik der GMD und der KPCh; Ders.: Die chinesische Landwirtschaft während des antijapanischen Krieges (1937–45). In: Bernd Martin and Alan Milward (Eds.): Agriculture and Food Supply in World War Two. Stuttgart 1984.